

Handbuch Persönlichkeits- recht

Presse- und Medienrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Horst-Peter Götting, Dresden
Rechtsanwalt Professor Dr. Christian Schertz, Berlin
Professor Dr. Walter Seitz, München

Bearbeitet von

Prof. Dr. Bernhard von Becker, Rechtsanwalt München; Simon Bergmann, Rechtsanwalt Berlin;
Prof. Dr. Volker Beuthien, Marburg; Julia Bezzenberger LL. M., Rechtsanwältin Berlin; Dr. Michael
Bohne, Münster; Dr. Oliver Brändel, Rechtsanwalt Hamburg; Dr. Steffen Bunnenberg, Rechtsanwalt
Berlin; Prof. Dr. Oliver Castendyk, Berlin; Eva Frauenschuh, Rechtsanwältin Berlin; Silke Freund,
Rechtsanwältin München; Prof. Dr. Hansjürgen Garstka, Berlin; Dr. Holger Gauß, Rechtsanwalt
München; Dr. Sebastian Gorski, LL. M., Rechtsanwalt Berlin; RiOLG Prof. Dr. Horst-Peter
Götting, Dresden; Prof. Dr. Georgios Gounalakis, Marburg; Reg. Dir. Dr. Katrin Herresthal,
München; Dr. Thomas Himmelreich, Berlin; Dominik Höch, Rechtsanwalt Berlin; Dr. Kirsten von
Hutten, Rechtsanwältin Hamburg; Ina Kamps, M. A., Rechtsanwältin Köln; Dr. Daniel M. Krause
LL. M., Berlin; Prof. Dr. Karl-Heinz Ladeur, Hamburg; Prof. Dr. Gerhard Ring, Freiberg;
Prof. Dr. Anne Lauber-Rönsberg LL. M., Dresden; Prof. Dr. Line Olsen-Ring, Leipzig;
Prof. Dr. Christian Schertz, Rechtsanwalt Berlin; Dr. Anke Schierholz, Rechtsanwältin Bonn;
Kerstin Schmitt, Rechtsanwältin Berlin; VorsRiOLG a. D. Prof. Dr. Walter Seitz, München;
RiOLG a. D. Dr. Eva Spangler, München; Prof. Dr. Ursula Stein, Dresden; Prof. Dr. Christoph
Stollwerck LL. M., Berlin; Dr. Tomasz Targosz, Krakau; Lutz Tillmanns, Bonn; Reg. Dir. Dr. Anja
Trebes, Berlin; Prof. Dr. Thomas Vesting, Frankfurt/Main; Dr. Endress Wanckel, Rechtsanwalt
Hamburg; Dr. Konstantin Wegner LL. M., Rechtsanwalt München;
Prof. Dr. Guido Westkamp, London

2. Auflage 2019



Zitiervorschlag (Beispiel):
Tillmanns in: Götting/Schertz/Seitz, Handbuch des Persönlichkeitsrechts, § 5 Rn. 13



www.beck.de

ISBN 978 3 406 70669 1

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG, Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell
Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Im Zeitalter der digitalen Informations- und Kommunikationsgesellschaft kommt dem Persönlichkeitsrecht eine zentrale und fundamentale Bedeutung zu. Anstelle des traditionellen Schutzes der räumlich-gegenständlichen Privatsphäre geht es heute zunehmend um den Schutz der virtuellen Privatsphäre. Die fortschreitende technologische Entwicklung führt zu einer stetig wachsenden Medienmacht sowie Verfügbarkeit personenbezogener Daten, insbesondere durch soziale Netzwerke. Die Abgrenzung von Individualität und Gemeinfreiheit stellt eine weitreichende Herausforderung dar, deren Bewältigung eine klare Orientierung an einem Menschenbild erfordert. Das Handbuch folgt dem schon im Vorwort zur 1. Auflage postulierten Leitmotiv: Der Mensch ist das Maß aller Dinge. Ausgangspunkt der oftmals erforderlichen einzelfallbezogenen Güter- und Interessenabwägung sind die verfassungsrechtlich garantierten, unveräußerlichen Grundwerte der Würde und Entfaltungsfreiheit der Persönlichkeit. Es ist die Frage zu entscheiden, ob bzw. inwieweit das Persönlichkeitsrecht eine Einschränkung durch die Medien- und Kommunikationsfreiheit erfährt, und nicht umgekehrt.

Die Neuauflage bringt das Werk auf den neuesten Stand von Rechtsprechung (über 2000 neue Entscheidungen seit 2008) und Literatur (fast 2000 neue Beiträge seit 2008). Neue Schwerpunkte bilden die EU-Datenschutzverordnung (DSGVO), der Persönlichkeitsrechtsschutz in Online-Medien und das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG). Auch sind einige neue Kapitel aufgenommen worden, etwa zur „Strategischen Rechtskommunikation“, zum „Persönlichkeitsschutz für Richter und Staatsanwälte“ und zum „Kostenrecht“ im Bereich des Persönlichkeitsschutzes. Hinzugefügt wurden Länderberichte über Italien und Skandinavien.

Anregungen und Kritik sind willkommen.

Dresden, Berlin, München, im September 2018

Horst-Peter Götting

Christian Schertz

Walter Seitz

Vorwort zur 1. Auflage

Die Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts zählt zu den tiefgreifendsten und weitreichendsten Veränderungen, die das deutsche Privatrecht nach dem Zweiten Weltkrieg erfahren hat. Damit wurde eine Forderung von Stimmen der Literatur erfüllt, die, wie insbesondere *v. Gierke* und *Kohler*, schon vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs für einen umfassenden zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutz eingetreten waren. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht umrahmt die spezialgesetzlich geregelten besonderen Persönlichkeitsrechte wie das Recht am eigenen Bild und das Namensrecht und hat diese weitgehend in sich aufgenommen. Der zivilrechtliche Persönlichkeitsschutz steht in einer Zwangsbeziehung mit den Grundrechten der Verfassung, auf dessen Schutzauftrag sich der BGH in der grundlegenden „*Leserbrief*“-Entscheidung berief.

Die treibende Kraft der Entwicklung des Persönlichkeitsschutzes ist die technische Entwicklung. So hat die Fotografie zu Beginn des letzten Jahrhunderts in Deutschland ebenso wie in anderen Ländern zur Anerkennung eines Bildnisschutzes geführt, durch den vor allem dem Bedürfnis nach einem Schutz der Privatsphäre Rechnung getragen wurde. Die heutige digitale Technik hat die visuelle Verfügbarkeit der Persönlichkeit in ein bisher unbekanntes Ausmaß gesteigert und eine neue Dimension der Bedrohung der Privatsphäre mit sich gebracht. Das Bildnis von jedermann kann durch jedermann in Sekundenschnelle hergestellt und über das Internet verbreitet werden.

Vor diesem Hintergrund bedarf das Individuum mehr denn je eines effektiven Schutzes gegen die Übermacht der Medien, denen der Einzelne mangels einer hinreichenden Gegenmacht zumeist wehrlos ausgeliefert ist. Der Persönlichkeitsschutz ist der Spiegel und der Kristallisationspunkt geistesgeschichtlicher Strömungen, die den Menschen als das Maß aller Dinge begreifen. Der Bogen spannt sich von der Antike über die Renaissance bis zur Aufklärung. Auch das christliche Menschenbild verlangt einen Schutz der Würde und der Entfaltungsfreiheit der Persönlichkeit, wie er in Art. 1 und 2 des Grundgesetzes verankert ist. Ungeachtet der gesetzlichen Regelungen spezieller Persönlichkeitsrechte, wie insbesondere des Rechts am eigenen Bilde und des Namensrechts, beruht die Ausgestaltung des Persönlichkeitsschutzes im Wesentlichen auf Richterrecht und ist durch eine reichhaltige und komplexe Kasuistik geprägt.

Ziel des Handbuchs ist es, eine Strukturierung und Systematisierung vorzunehmen und die verschiedensten Aspekte des Persönlichkeitsschutzes eingehend darzustellen. Konzeptionell unterscheidet es sich grundlegend von medien- bzw. presserechtlichen Werken vergleichbarer Art. Zentraler Ausgangspunkt sind die Rechte der Persönlichkeit und nicht die Rechte der Medien. Im Kontrast zur vorherrschenden strukturellen Prädominanz der Medienfreiheit wird nicht danach gefragt, inwieweit diese durch das Persönlichkeitsrecht begrenzt wird, sondern es wird umgekehrt danach gefragt, inwieweit das Persönlichkeitsrecht eine Einschränkung durch die Medienfreiheit erfährt. Damit wird das Verhältnis von Medienfreiheit und Persönlichkeitsrecht aus einem neuen Blickwinkel betrachtet.

Einen wesentlichen Schwerpunkt des Handbuchs bildet die Kommerzialisierung von Persönlichkeitsrechten im Rahmen von Werbung oder Merchandising. Man mag es bedauern, dass die Persönlichkeit in zunehmendem Maße entpersönlicht wird und das Persönlichkeitsrecht einen immaterialgüterrechtlichen Einschlag annimmt. Das Rad der Geschichte lässt sich aber nicht zurückdrehen; deshalb geht es darum, einen angemessenen rechtlichen Rahmen für die Kommerzialisierung von Persönlichkeitsrechten zu schaffen. Gerade in diesem Bereich ist noch vieles im Fluss und aus der fortschreitenden technischen Entwicklung dürften immer neue Herausforderungen erwachsen.

Die modernen Medien haben eine grenzüberschreitende Wirkung. Deshalb wurden auch Aspekte des internationalen Privatrechts und internationalen Zivilprozessrechts in die Darstellung einbezogen. Darüber hinaus wird ein Überblick über die Rechtslage in den wichtigsten europäischen Ländern sowie den USA gegeben.

Es wurde bewusst darauf verzichtet, die Meinungen der Autoren aufeinander abzustimmen und auf eine gemeinsame Linie festzulegen. Das Handbuch bekennt sich vielmehr zur Pluralität und Vielstimmigkeit. Es will zu einer fruchtbaren Diskussion und einem Wettstreit der Ideen anregen. Ebenso wie die Persönlichkeit befindet sich auch das Persönlichkeitsrecht in einem permanenten dynamischen Entwicklungsprozess. Entsprechendes gilt auch für das vorliegende Handbuch. Der Anfang ist gemacht.

Unser besonderer Dank gilt Herrn Rüdiger Müller für die hervorragende redaktionelle Betreuung.

Dresden, Berlin, München, im Juli 2008

Horst-Peter Götting
Christian Schertz
Walter Seitz



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Bearbeiterverzeichnis	LXIII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	LXV
 1. Teil. Grundlagen des Persönlichkeitsrechts	 1
1. Kapitel. Allgemeine Fragen	1
§ 1. Inhalt, Zweck und Rechtsnatur des Persönlichkeitsrechts (<i>Götting</i>)	1
§ 2. Geschichte des Persönlichkeitsrechts (<i>Götting</i>)	33
2. Kapitel. Das Persönlichkeitsrecht im Rahmen der Rechtsordnung	56
§ 3. Das Verhältnis zwischen verfassungsrechtlichem und zivilrechtlichem Persönlichkeitsschutz (<i>Götting</i>)	56
§ 4. Das Verhältnis zum Urheberrecht, Gewerblichen Rechtsschutz und Wettbewerbsrecht (<i>Götting</i>)	62
§ 5. Persönlichkeitsrecht und Pressekodex (<i>Tillmanns</i>)	70
 2. Teil. Verfassungsrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz	 111
3. Kapitel. Einführung	111
§ 6. Verfassungsgeschichtliche und verfassungsdogmatische Grundlagen (<i>Vesting</i>)	111
4. Kapitel. Die verfassungsrechtlichen Dimensionen des Persönlichkeitsrechts	131
§ 7. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Grundrecht (<i>Ladeur</i>)	131
§ 8. Schutz der Persönlichkeit gegen den Staat (<i>Ladeur</i>)	139
§ 9. Schutzpflicht gegenüber privaten Gefährdungen (<i>Ladeur</i>)	173
 3. Teil. Zivilrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz	 203
5. Kapitel. Einführung	203
§ 10. Ideeller und kommerzieller Persönlichkeitsrechtsschutz (<i>Götting</i>)	203
§ 11. Die Unterscheidung zwischen allgemeinem Persönlichkeitsrecht und besonderen Persönlichkeitsrechten (<i>Götting</i>)	214
6. Kapitel. Die besonderen Persönlichkeitsrechte	218
§ 12. Das Recht am eigenen Bild (<i>Schertz</i>)	218
§ 13. Das Namensrecht (<i>Schertz</i>)	273
§ 14. Das Markenrecht (<i>Gauss</i>)	288
§ 15. Das Urheberpersönlichkeitsrecht (<i>Götting</i>)	306
7. Kapitel. Das Recht an sonstigen Persönlichkeitsmerkmalen	319
§ 16. Das Recht an der eigenen Stimme (<i>Schierholz</i>)	319
§ 17. Das Recht am Persönlichkeitsbild (Lebensbild) (<i>Beuthien</i>)	329
§ 18. Das Recht an Gestiken und der Mimik, Slogans und Zitaten sowie an Gegenständen und dem Image (<i>Schmitt</i>)	348
8. Kapitel. Die Fallgruppen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	357
§ 19. Der Schutz vor Indiskretion (<i>Wanckel</i>)	357
§ 20. Der Wahrheitsschutz (<i>Wanckel</i>)	400
§ 21. Ehrenschutz, Schutz vor Schmähkritik (<i>Höch</i>)	412

Inhaltsübersicht

4. Teil. Datenschutzrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz – Informationelle Selbstbestimmung	427
9. Kapitel. Datenschutzrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz	427
§ 22. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung – Datenschutz und die Medien (<i>Lauber-Rönsberg</i>)	427
5. Teil. Strafrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz	445
10. Kapitel. Strafrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz	445
§ 23. Strafrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz (<i>Krause/Himmelreich</i>)	445
6. Teil. Persönlichkeitsrechtsschutz in Online-Medien	483
11. Kapitel. Persönlichkeitsrechtsschutz in Online-Medien	483
§ 24. Schutz der Persönlichkeit und Reputation in Online-Medien (<i>Gounalakis</i>)	483
7. Teil. Grenzen des Persönlichkeitsrechts	539
12. Kapitel. Kommunikationsfreiheit	539
§ 25. Wahrnehmung berechtigter Interessen (<i>Stollwerck</i>)	539
§ 26. Meinungs- und Pressefreiheit (<i>Stollwerck/Wegner</i>)	557
Anhang (<i>Stollwerck/Wegner</i>)	610
§ 27. Kunstfreiheit (<i>v. Becker</i>)	619
8. Teil. Träger des Persönlichkeitsrechts	643
13. Kapitel. Natürliche Personen	643
§ 28. Lebende Personen (<i>Brändel/Schmitt</i>)	643
§ 29. Das Persönlichkeitsrecht des Verstorbenen (<i>Schmitt</i>)	652
§ 30. Personenmehrheiten (<i>Brändel/Schmitt</i>)	687
14. Kapitel. Juristische Personen	695
§ 31. Das Persönlichkeitsrecht juristischer Personen des Privatrechts (<i>Brändel/Schmitt</i>)	695
§ 32. Das Persönlichkeitsrecht juristischer Personen des Öffentlichen Rechts (<i>Brändel/Schmitt</i>)	704
§ 33. Persönlichkeitsschutz für Richter und Staatsanwälte (<i>Seitz</i>)	713
9. Teil. Das Persönlichkeitsrecht im Rechtsverkehr	733
15. Kapitel. Strategische Rechtskommunikation	733
§ 34. Strategische Rechtskommunikation (<i>Schertz/Höch</i>)	733
16. Kapitel. Persönlichkeitsrechtliche Verfügungen in Verträgen der Unterhaltungsindustrie	745
§ 35. Verträge mit Schauspielern, Moderatoren und Musikern (<i>Castendyk</i>)	745
§ 36. Verträge mit Spitzensportlern (<i>Bergmann</i>)	758
§ 37. Lebensbildverfilmungsverträge (<i>Gorski</i>)	775
17. Kapitel. Merchandising- und Werbeverträge	784
§ 38. Merchandisingverträge (<i>Schertz</i>)	784
§ 39. Werbeverträge (<i>Schertz</i>)	803
18. Kapitel. Die Vermarktung der Privatsphäre	812
§ 40. Die Privatsphäre als Vermögensrecht (<i>Götting</i>)	812
§ 41. Verträge über die Privatsphäre (<i>Bezzzenberger</i>)	820
10. Teil. Rechtsfolgen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts	845
19. Kapitel. Zivilrechtliche Rechtsfolgen und ihre Durchsetzung	845
§ 42. Der Unterlassungsanspruch (<i>von Hutten</i>)	845
§ 43. Der Gegendarstellungsanspruch (<i>Seitz</i>)	860

Inhaltsübersicht

§ 44. Der Berichtigungsanspruch (<i>Kamps</i>)	875
§ 45. Der Anspruch auf Ersatz materiellen Schadens (<i>Seitz</i>)	908
§ 46. Der Anspruch auf Geldentschädigung (<i>Seitz</i>)	923
§ 47. Der Anspruch auf Herausgabe des Erlangten (<i>Seitz</i>)	944
§ 48. Ergänzende Ansprüche (Der Auskunftsanspruch u. a.) (<i>Freund</i>)	964
§ 49. Gesonderte Sanktionen bei Verletzung des Pressekodex (<i>Tillmanns</i>)	984
20. Kapitel. Verfahrensrechtliche Fragen	999
§ 50. Einstweiliger Rechtsschutz (<i>Spangler</i>)	999
§ 51. Hauptsacheverfahren (<i>Seitz</i>)	1038
§ 52. Vollstreckungsrechtliche Fragen (<i>Seitz</i>)	1066
§ 53. Kostenrecht (<i>Frauenschuh</i>)	1086
11. Teil. Grenzüberschreitende Persönlichkeitsrechtsverletzungen, Europäisches Recht, Völkerrecht	1115
21. Kapitel. Grenzüberschreitende Persönlichkeitsrechtsverletzungen	1115
§ 54. Anwendbares materielles Recht (<i>K. Herresthal</i>)	1115
§ 55. Internationale gerichtliche Zuständigkeit (<i>Seitz</i>)	1139
§ 56. Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet (<i>Seitz</i>)	1163
22. Kapitel. Persönlichkeitsschutz in der EMRK und im EU-Recht	1197
§ 57. Europäische Menschenrechtskonvention (<i>Lauber-Rönsberg</i>)	1197
§ 58. Recht der Europäischen Union (<i>Lauber-Rönsberg</i>)	1226
12. Teil. Persönlichkeitsschutz in ausländischen Rechtsordnungen	1233
23. Kapitel. Europäische Länder	1233
§ 59. Frankreich (<i>Trebes</i>)	1233
§ 60. Persönlichkeitsschutz in Großbritannien (England und Wales) (<i>Westkamps</i>)	1254
§ 61. Österreich (<i>Bohne</i>)	1289
§ 62. Polen (<i>Targosz</i>)	1303
§ 63. Schweiz (<i>Bohne</i>)	1323
§ 64. Spanien (<i>Trebes</i>)	1343
§ 65. Italien (<i>Stein</i>)	1361
§ 66. Persönlichkeitsrecht in Skandinavien – unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage in Schweden (<i>Olsen-Ring/Ring</i>)	1379
24. Kapitel. USA	1395
§ 67. Vereinigte Staaten von Amerika (USA) (<i>Götting</i>)	1395
Sachregister	1424

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Bearbeiterverzeichnis	LXIII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	LXV
 1. Teil. Grundlagen des Persönlichkeitsrechts	 1
1. Kapitel. Allgemeine Fragen	1
§ 1. Inhalt, Zweck und Rechtsnatur des Persönlichkeitsrechts	1
A. Inhalt und Zweck	3
I. Allgemeines	3
1. Historischer Hintergrund	3
2. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als sonstiges Recht	3
II. Schutzzweck	5
III. Schutz der Privatsphäre	5
1. Sphärentheorie	6
2. Der Vorrang des öffentlichen Informationsinteresses	7
3. Die Verzichtstheorie	10
4. Abgestuftes Schutzkonzept	10
IV. Überblick über weitere Fallgruppen	12
V. Übergreifendes dogmatisches Fundament	13
VI. Das Recht auf mediale Selbstbestimmung	14
1. Das Persönlichkeitsrecht als Ausgangspunkt	14
2. Das Recht am eigenen Bilde als Regelungsmodell	16
3. Einschränkungen durch die Meinungsfreiheit	16
4. Einschränkungen durch die Kunstfreiheit	17
VII. Kommerzielle Verwertung von Persönlichkeitsmerkmalen in der Werbung	18
B. Rechtsnatur	19
I. Mutter- oder Quellrecht	19
II. Subjektives Recht	21
III. Vermögensrecht	22
1. Begriffsklärung	22
2. Abgrenzung gegenüber den Immaterialgüterrechten	23
3. Schlussfolgerungen	24
C. Rechtsfolgen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts	31
I. Anspruch auf Beseitigung der Beeinträchtigung	31
II. Unterlassungsanspruch	31
III. Schadensersatz, Bereicherungsausgleich und Geldentschädigung	31
1. Schadensersatz	31
2. Bereicherungsausgleich	31
3. Geldentschädigung	32
§ 2. Geschichte des Persönlichkeitsrechts	33
A. Einleitung	34
B. Die Entwicklung bis zum Inkrafttreten des BGB	37
I. Injurienklage und Ehrenschatz	37
II. Der persönlichkeitsrechtliche Ansatz von Donellus	38
III. Die Naturrechtslehre im 17. und 18. Jahrhundert	39

Inhaltsverzeichnis

IV. Der Einfluss des Urheberrechts	40
V. Otto von Gierke als „Vollender“ des (allgemeinen) Persönlichkeitsrechts	41
C. Die Entwicklung des Persönlichkeitsrechts nach dem Inkrafttreten des BGB	42
I. Die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg	42
II. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg	43
1. Die „Leserbrief“-Entscheidung	43
2. Die „Herrenreiter“-Entscheidung	44
3. Die „Mephisto“-Entscheidung	45
a) Die Anerkennung des postmortalen Persönlichkeitsschutzes	45
b) Kritik	46
III. Der Schutz vor Kommerzialisierung und der Schutz der Kommerzialisierung	47
1. Der „moralisierende“ Ansatz	47
a) Die „Graf Zeppelin“-Entscheidung	47
b) Ausländische Rechtsprechung	48
c) Die „Tull Harder“-Entscheidung	48
2. Der „kommerzielle“ Ansatz	49
a) Die „Paul Dahlke“-Entscheidung	49
b) Die „Herrenreiter“-Doktrin	50
c) Unübertragbarkeit	51
d) Vererblichkeit der vermögenswerten Bestandteile des Persönlichkeitsrechts	53
2. Kapitel. Das Persönlichkeitsrecht im Rahmen der Rechtsordnung	56
§ 3. Das Verhältnis zwischen verfassungsrechtlichem und zivilrechtlichem Persönlichkeitsschutz	56
A. Zum Streit über die Wirkung der Grundrechte im Zivilrecht	56
I. Unmittelbare Drittwirkung	56
II. Mittelbare Drittwirkung	57
III. Schutzgebotsfunktion der Grundrechte	57
B. Die Rechtsprechung	58
I. Ideeller Persönlichkeitsschutz	58
II. Kommerzieller Persönlichkeitsschutz	59
C. Eigene Stellungnahme	59
§ 4. Das Verhältnis zum Urheberrecht, Gewerblichen Rechtsschutz und Wettbewerbsrecht	62
A. Urheberrecht	63
I. Historische Zusammenhänge	63
II. Aktuelle Bezüge	64
B. Gewerblicher Rechtsschutz	65
I. Allgemeines	65
II. Patent- und Gebrauchsmusterrecht	66
1. Erfinderpersönlichkeitsrecht	66
2. Anspruch auf Erfinderbenennung	66
III. Designrecht	68
IV. Markenrecht	68
C. Wettbewerbsrecht	69
§ 5. Persönlichkeitsrecht und Pressekodex	70
A. Persönlichkeitsschutz durch Medienselbstkontrolle	72
I. Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht in der journalistischen Praxis	72
II. Formen der Medienselbstkontrolle	73

Inhaltsverzeichnis

III. Freiwillige Selbstkontrolle der Presse im Verfassungsgefüge	73
1. Das publizistische „Standesrecht“	74
2. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	74
3. Regelungen der Landespresse- und Landesmediengesetze	75
IV. Deutscher Presserat und Pressekodex	76
1. Geschichte des Presserats	76
2. Struktur des Presserats	76
3. Aufgaben des Presserats	77
4. Zuständigkeit bei Beschwerden	77
5. Pressekodex als Beleg für die Verantwortung der Presse	77
B. Der Pressekodex	78
I. Entstehung und Entwicklung des Pressekodex	78
1. Kasuistik der ersten Jahre	78
2. Pressekodex von 1973	79
3. Entwicklung des Pressekodex bis 2017	80
4. Urheberschaft am Pressekodex	81
II. Rechtsnatur des Pressekodex	82
1. Zur gesetzlichen Grundlage	82
2. Standesrecht	83
III. Konkretisierung der Berufsethik	83
1. Regelungen des Pressekodex im Überblick	83
2. Regelungsmethodik des Pressekodex	84
3. Verhältnis zwischen Pressekodex und APR	84
4. Pressekodex als Prüfungsmaßstab bei Beschwerden	85
IV. Bindungswirkung des Pressekodex	85
1. Grundlagen der Bindungswirkung	85
a) Statuten des Presserats und seiner Trägerverbände	85
b) Selbstverpflichtung und Rechtsqualität der Erklärung	86
2. Bindungswirkung der Selbstverpflichtung	87
3. Pressekodex für journalistische OnlineInhalte	88
4. Pressekodex im Rundfunkbereich	88
V. Bedeutung des Pressekodex in der Rechtsprechung	88
1. Uneingeschränkte Heranziehung durch Gerichte	89
2. Berücksichtigung des Pressekodex als Auslegungshilfe	89
C. Publizistische Grundsätze mit Bezug zum Allgemeinen Persönlichkeitsrecht	90
I. Direkter Schutz der Persönlichkeit durch Ziffer 8 Pressekodex	90
1. Systematik von Ziffer 8	91
2. Einzelne Fallgestaltungen	92
a) Resozialisierung in der Berichterstattung	92
b) Kinder und Jugendliche	92
c) Berichterstattung über Krankheiten	92
d) Berichterstattung zu Fällen von Selbsttötung	92
e) Veröffentlichung von Jubiläumsdaten	92
f) Sonstige Fälle persönlichkeitsrelevanter Berichterstattung	93
II. Schutz der Persönlichkeit durch Unschuldsvermutungen nach Ziffer 13 Pressekodex	93
1. Vorverurteilungsverbot	93
2. Gestaltung der Folgeberichterstattung	93
3. Straftaten von Jugendlichen	93
III. Schutz der Ehre nach Ziffer 9 Pressekodex	94

Inhaltsverzeichnis

IV. Indirekter Schutz der Persönlichkeit durch andere Kodex- regelungen	94
1. Wahrheitsgebot, Recherche- und Sorgfaltspflichten	94
2. Verbot unlauterer Recherche	94
3. Richtigstellung	95
4. Ziffern 10 bis 12 Pressekodex	95
V. Pressekodex und informationelle Selbstbestimmung	95
1. Mediendatenschutzrechtlicher Ansatz	95
2. Aufbau und Arbeitsweise der FSK-Redaktionsdatenschutz ..	96
D. Spruchpraxis des Presserats zum Allgemeinen Persönlichkeitsrecht ..	96
I. Schutz der Anonymität und Privatheit	97
1. Namensnennung und Abbildung	97
2. Einwilligung des Betroffenen	97
3. Minderjährige	98
4. Krankheit und Tod	98
5. Sexualität	99
6. Unfall und Schicksal	100
7. Selbsttötung	100
8. Datenschutz	101
9. Prominente	102
II. Schutz der verfahrensbefangenen Personen	102
1. Verdachtsberichterstattung	102
2. Angeklagte und verurteilte Straftäter	103
3. Jugendliche Straftäter	103
4. Kriminalitätsoffer	104
5. Angehörige verfahrensbefangener Personen	105
6. Resozialisierung	105
III. Schutz der Ehre	105
1. Schmähkritik und Menschenwürde	105
2. Abwertende Urteile	106
3. Öffentlicher Pranger	106
4. Satire	107
IV. Schutz der persönlichen Identität, wahrhaftige Berichterstattung- über Personen	108
1. Tatsachenbehauptung und Wahrheit	108
2. Einseitige Kritik	109
3. Richtigstellung	109
4. Unlautere Recherchemethoden	109
2. Teil. Verfassungsrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz	111
3. Kapitel. Einführung	111
§ 6. Verfassungsgeschichtliche und verfassungsdogmatische Grundlagen	111
A. „Konstitutionalisierung“ des Persönlichkeitsrechtsschutzes	112
I. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Produkt richterlicher Rechtsfortbildung	112
II. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als eigenständiges Grund- recht	113
III. Kein klassisch-liberales Grundrecht	114
B. Persönlichkeitschutz – systematisch und historisch	116
I. Das Persönlichkeitsrecht – Recht des Menschen oder Kommuni- kationsgrundrecht?	116
II. Persönlichkeitschutz und bürgerliche Ehrenordnung	118

Inhaltsverzeichnis

III. Das aristokratische Erbe der bürgerlichen Ehrenordnung	119
IV. Zusammenfassung	121
C. Persönlichkeitsschutz in der heutigen (Medien-)Gesellschaft	122
I. Fragmentierung der Öffentlichkeit	122
II. Fragmentierung des Selbst	123
III. Anpassung des verfassungsrechtlichen Persönlichkeitsschutzes an die neuartigen Bedingungen der Aufmerksamkeits- ökonomie	124
IV. Exemplarisch: Bismarck und Caroline v. Monaco	126
4. Kapitel. Die verfassungsrechtlichen Dimensionen des Persönlichkeitsrechts ...	131
§ 7. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Grundrecht	131
A. Das Verhältnis von Art. 2 Abs. 1 und Art. 1 Abs. 1 GG	133
I. Der Wandel des Art. 2 Abs. 1 zur Garantie der allgemeinen Handlungsfreiheit	133
II. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Sonderfall der Hand- lungsfreiheit?	134
1. Die Eigenständigkeit des Persönlichkeitsschutzes durch Art. 2 Abs. 1	134
2. Die Bedeutung von Art. 1 Abs. 1	134
III. Verhältnis zu sonstigen Grundrechten	135
B. Struktur des allgemeinen Persönlichkeitsrechts – als Abwehrrecht ...	135
I. Persönlichkeitsrecht und Kommunikation in der postmodernen Gesellschaft	135
II. Das Persönlichkeitsrecht zwischen individueller Willkürfreiheit und gesellschaftlicher Typisierung – das Ende der kollektiven „Ehrenordnung“	136
1. Welches ist die „Sachgesetzlichkeit“ des Persönlichkeitsschut- zes?	136
2. „Identitär“ als Bezugsrahmen des Persönlichkeitsrechts? ...	136
III. Die Gegenprobe zur Bestimmung des Schutzbereichs – die Kon- turen des Eingriffsbegriffs	137
1. Ist jeder Informationsgebrauch potentiell ein Eingriff in Rech- te Dritter?	137
2. Die Suche nach Identitätsmustern der Persönlichkeitsbildung und die „Unruhe“ des Individuums als gesellschaftliche „Res- source“	138
IV. „Gemeinschaftsgebundenheit“ als Formel für die Bestimmung der Grenzen des „Selbst“ der Person	138
§ 8. Schutz der Persönlichkeit gegen den Staat	139
A. Persönlichkeit und Geheimnisschutz	141
I. Räumliche Ausgrenzung des Privaten	141
1. Intimgespräche, Selbstreflexion des Individuums	141
2. Rechtliche Begrenzung der funktional zulässigen Eingriffe in die Intimsphäre	142
II. Methodisch kontrollierte Beobachtung der persönlichen Identität	142
1. Das Problem der Intransparenz der Methoden und Ziele der Begutachtung	142
2. Der Schutz des Intimraums und des Körpers vor intransparenten Formen der Beobachtung	143
III. Patientendaten, Mitteilung privater Informationendurch Ange- hörige etc.	143

Inhaltsverzeichnis

IV. Untersuchung von Persönlichkeitsmerkmalen in öffentlichenVerfahren, insbesondere Strafverfahren	144
1. Herkömmliche Verfahren	144
2. Einsatz von Lügendetektoren	144
3. Brain Scanning	145
B. Selbstentfaltung in öffentlichen Räumen	145
I. Vorbemerkung: Persönlichkeitsverletzung durch Beeinträchtigung der Selbstdarstellung in Kommunikationsprozessen	145
II. Einzelne Konfliktbereiche	146
1. Recht am eigenen Bild	146
a) Begründung eines besonderen Bildnisschutzes	146
b) Vom herkömmlichen Gebrauch der Bilder zur ubiquitär einsetzbaren Digitalisierung	147
2. Recht am eigenen Wort	148
a) Besondere Anforderungen an den Staat	148
b) Insbesondere: Das Abhören von Gesprächen mit technischen Mitteln	148
3. Anerkennung und Respektierung der Sexualität des Individuums	149
III. Beeinträchtigung durch Verfälschen des eigenen Wortes oder falsche, aber nicht ehrenrührige Tatsachenbehauptungen	149
1. Verfälschen und Interpretieren eines Persönlichkeitsbildes	149
2. Besonderheiten des Schutzes gegenüber dem Staat	150
IV. Recht am Namen, Pseudonyme	150
V. Schutz der persönlichen Ehre	150
1. Besonderheiten des Schutzes des Achtungsanspruchs gegenüber dem Staat	150
2. Verfälschung der Persönlichkeit	151
3. Beachtung des Endes legitimer öffentlicher Aufmerksamkeit (Resozialisierung)	151
C. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht in öffentlichen Versicherungen ..	152
D. Das Recht auf Bestimmung über die Verarbeitung von Datendurch technische Systeme (Datenschutz)	152
I. Bedeutung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung ...	152
II. Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Abwehrrecht? ..	153
1. Selbstbestimmung über die eigenen „Daten“?	153
2. Kein eigentumsähnliches Recht (Immaterialgüterrecht) an „Daten“	154
3. Differenzierung nach Schutzbedürfnissen und Risikobereichen	154
4. „Informationelle Gewaltenteilung“	154
5. Neue Fahndungsmethoden: Rasterfahndung, Schleierfahndung, Videoüberwachung, „Online-Durchsuchung“	155
a) „Gefahrenvorsorge“	155
b) Neuer prozeduraler und technischer Schutz	156
6. Risikovorsorge mithilfe neuro-wissenschaftlicher Methoden ..	156
III. Humangenetische Methoden der Erfassung von Persönlichkeitsmerkmalen	157
1. DNA-Untersuchung für Zwecke der Identifizierung	157
2. Gesetzliche Regelung der Bestimmung genetischer Risiken für öffentliche und private Zwecke	157
3. Schutz der Persönlichkeit vor sich selbst: insbesondere Verbot der Selbstveränderung des Genoms?	158

Inhaltsverzeichnis

E. Akteneinsichtsrechte, Auskunftsansprüche, Zeugnisverweigerungsrechte	158
I. Informationsrechte als Teil des objektiv-rechtlichen Schutzes der Persönlichkeit	158
II. Zeugnisverweigerungsrechte und informationelle Gewaltenteilung	159
F. Personeller Schutzbereich	159
I. Schutz natürlicher Personen	159
1. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Menschenrecht	159
2. Kinder und Jugendliche	159
a) Altersgrenze	159
b) Persönlichkeitsrechte als Entwicklungsrechte	160
c) Verfassungsrechtliche Schutzpflichten im Zivilrecht zugunsten des Kindes – Haftungsgrenzen	160
d) Insbesondere: Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung und Recht des Vaters auf Auskunft über das Kind	160
e) Insbesondere: Klärung der Abstammung bei künstlicher Insemination	161
II. Betreuungsverhältnis	161
III. Allgemeines Persönlichkeitsrecht für juristische Personen?	162
IV. Recht auf Sterben, postmortaler Persönlichkeitsschutz	163
1. Organentnahme	163
2. Postmortales Persönlichkeitsrecht	163
3. Postmortales Persönlichkeitsrecht als ökonomisches Recht?	163
G. Staatliche Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts	164
I. Vorbemerkung: Verhältnis von Schutzbereichsbestimmung und Schrankendefinition	164
II. Beobachtung „riskanter Netzwerke“ – insbesondere Terrorprävention und der Grundsatz „in dubio pro libertate“	165
III. Ambivalentes Staatshandeln als „Grundrechtsberührung“?	165
1. Das frühere Beispiel der Sexualkunde	165
2. Der Vergleich mit der Dogmatik des zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutzes	166
IV. Das Problem des Eingriffsbegriffs	167
1. Eingriffsdogmatik und neue Handlungsformen	167
2. Eingriffe und eingriffsähnliche Akte	167
3. Bedeutung der unterschiedlichen Folgewirkungen	168
4. Faktische nicht-ingriffsähnliche „Berührungen“ des Persönlichkeitsrechts	168
V. Erweiterung des Persönlichkeitsschutzes um eine „objektivrechtliche Dimension“	169
1. Persönlichkeitsrecht als Kommunikationsrecht	169
2. Zur Notwendigkeit der systematischen Beobachtung neuer Gefährdungen für das Individuum	169
H. Schranken des Persönlichkeitsrechts	170
I. Allgemeines zur Schrankenbestimmung	170
1. Entwicklung der Rechtsprechung	170
2. Informationelle Gewaltenteilung als Ordnungsprinzip	171
3. Insbesondere: Schutz durch Verfahren	171
II. Grenzen der Beschränkbarkeit	172
1. Verhältnismäßigkeitsprinzip	172
2. Prozeduralisierung der Schranken	173

Inhaltsverzeichnis

§ 9. Schutzpflicht gegenüber privaten Gefährdungen	173
A. Schutzpflichten für den Privatrechtsgesetzgeber	175
I. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als „Immaterialgüterrecht“	175
II. Neue Medientechnologien und Gefährdung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	175
1. Schutz gegen private Datensammlung und -verarbeitung	175
2. Konflikt zwischen Schutz vor und Ermöglichung von Datennutzung durch Private	176
3. Gefährdungen durch private Medien – insbesondere: Haftung im Internet	176
4. Insbesondere: Beobachtungspflicht des Gesetzgebers im Hinblick auf systematische Gefährdungen der Persönlichkeitsrechte im Internet	177
III. Gesetzliche Regulierung der Gefährdungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch Private in der „offline-Welt“	178
1. Verfassungsrechtliche Gewährleistung des privatrechtlichen Schutzes des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	178
2. Verhältnis von privatrechtlichem und strafrechtlichem Persönlichkeitsschutz	179
IV. Notwendigkeit des Übergangs vom strafrechtlichen zum zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutz – insbesondere durch Schaffung von Entschädigungsansprüchen	179
1. Der Aufstieg der „Unterhaltungsöffentlichkeit“ und die Zunahme von Gefährdungen des Persönlichkeitsrechts	179
2. Zulässigkeit der Rechtsfortbildung contra legem – verfassungsrechtliche Gewährleistung von Entschädigungsansprüchen bei Verletzung des Persönlichkeitsrechts	180
B. Insbesondere: Die Drittwirkung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	180
I. Konstruktion der Drittwirkung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts als Grundrecht und deren Verhältnis zur zivilrechtlichen Dogmatik des Persönlichkeitsschutzes	180
1. Die „Mittelbarkeit“ des Grundrechtsschutzes	180
2. „Mittelbarkeit“ und objektiv-rechtliche Dimension des Grundrechtsschutzes	181
3. Konsequenzen für das Verhältnis von Verfassungsrecht und Privatrecht	182
II. Besondere Formen des Persönlichkeitsschutzes	183
1. Datenschutz und Privatsphäre	183
2. Das Ausspähen der Privatsphäre durch andere Private (außerhalb des Datenschutzes)	183
a) Verdeckte Beobachtung öffentlichen Verhaltens	183
b) Offene belästigende Beobachtungen in der Öffentlichkeit („Stalking“)	184
c) Ausspähen der Privatsphäre	185
III. Missbrauch des Namens einer Person	187
IV. Insbesondere: das Recht am Bild und am eigenen Wort	187
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Rechts	187
2. Eingeschränkter Schutz der „Personen der Zeitgeschichte“ ..	188
3. Das Recht am gesprochenen Wort; Briefe	189
V. Privatsphäre und Arbeitsrecht	189

Inhaltsverzeichnis

C. Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch Herabsetzung des Ansehens durch Wort, Bild oder in anderer Weise	190
I. Persönlichkeitsverletzungen (auch) außerhalb der Massenmedien	190
1. Persönlichkeitsrecht als Quasi-Immaterialgüterrecht	190
2. Mediale „Grenzüberschreitungen“	190
II. Insbesondere: Allgemeines Persönlichkeitsrecht und Massenmedien	191
1. Persönlichkeitsrecht als „Quasi-Eigentum“	191
2. Wer bestimmt das öffentliche Interesse an der Beobachtung einer Person?	191
3. Prominente als „Vorbild“?	192
4. Wer hat die Interpretationsherrschaft über die Darstellung einer Person in der Öffentlichkeit?	192
III. Das Persönlichkeitsrecht als Thematisierungsverbot – und seine Grenzen	193
1. Die Unterscheidung von Verantwortungs- und Risikosphären	193
2. Engeres Verständnis der ausgegrenzten Privatsphäre durch das BVerfG	194
3. Schutz vor der Berichterstattung über die räumliche Sphäre der persönlichen Lebensgestaltung	194
IV. Persönlichkeitsrecht von Kindern gegenüber den Massenmedien	194
V. Thematisierungsgrenzen – Verfälschung des Persönlichkeitsbildes	194
1. Kein verfassungsrechtlicher Schutz für falsche Berichte	194
2. Beweis- und Vermutungsregel für die Abgrenzung von Meinung und Tatsachenbehauptung	195
a) „Im Zweifel für Meinungsfreiheit“ – Grenze dieses Grundsatzes	195
b) Unterscheidung verschiedener Foren der Öffentlichkeit – insbesondere literarische Öffentlichkeit	196
3. Die Bestimmung des Schadensbegriffs in der Unterhaltungsöffentlichkeit	196
4. Die Grenze der „Schmähekritik“	196
5. Persönlichkeitsverletzung durch „Rating“ von vergleichbaren Leistungen?	197
VI. Persönlichkeitsrecht und Kunstfreiheit	198
1. Insbesondere: „Dokumentarische Kunst“ (Autobiographie) als Tatsachenbehauptung?	198
2. Zur Notwendigkeit der Anerkennung eines Beurteilungsspielraums bei der „Verfremdung“ der benutzten Lebensdaten	199
VII. Postmortales Persönlichkeitsrecht – Ehrenschatz und Wertschutz	200
1. Legitimation des postmortalen Persönlichkeitsrechts	200
2. Postmortales Persönlichkeitsrecht als „Immaterialgüterrecht“	201
3. Teil. Zivilrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz	203
5. Kapitel. Einführung	203
§ 10. Ideeller und kommerzieller Persönlichkeitsrechtsschutz	203
A. Einleitung	204
B. Die verschiedenen Ansichten	204
I. Das Festhalten am ideellen Interessenschutz	204
1. Die Ablehnung eines kommerziellen Persönlichkeitsrechts	204
2. Der Verweis auf das Markenrecht	205

Inhaltsverzeichnis

II. Dualistischer Ansatz	206
1. Persönlichkeitsnutzungsrecht	206
2. Wirtschaftliches Persönlichkeitsrecht	207
3. Persönlichkeitsgüterrechte	207
4. Immaterialgüterrechte	207
III. Monistischer Ansatz	208
1. Rechtsprechung	208
2. Literatur	209
C. Kritik und eigener Lösungsansatz	209
I. Kritik	209
1. Gegen die Reduktion des Persönlichkeitsrechts auf den Schutz ideeller Interessen	209
2. Wider den Dualismus im Persönlichkeitsrecht	210
II. Eigener Lösungsansatz	213
§ 11. Die Unterscheidung zwischen allgemeinem Persönlichkeitsrecht und besonderen Persönlichkeitsrechten	214
A. Theoretischer Hintergrund	214
I. Die Auffassungen in der Literatur	214
II. Die Haltung der Rechtsprechung	215
B. Praktische Folgen	216
6. Kapitel. Die besonderen Persönlichkeitsrechte	218
§ 12. Das Recht am eigenen Bild	218
A. Allgemeines – Rechtsnatur	220
B. Die Anwendbarkeit des KUG neben der DSGVO	221
C. Der Verbotstatbestand des § 22 KUG	222
I. Der Begriff des Bildnisses	222
II. Anfertigen von Bildnissen	224
1. § 823 Abs. 1 BGB – Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch Herstellung eines Bildnisses	224
2. § 201a StGB – Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen	226
III. Verbreiten und öffentliches Zurschaustellen von Bildnissen	228
IV. Die Einwilligung des Abgebildeten	228
1. Rechtsnatur der Einwilligung	229
2. Ausdrückliche und stillschweigende Einwilligung	229
3. Umfang der Einwilligung	230
4. Widerrufbarkeit der Einwilligung	231
5. Einwilligung nach dem Tod des Abgebildeten	232
D. Einschränkungen des Bildnisschutzes gem. § 23 KUG	233
I. Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG)	233
1. Einführung	233
2. Informationszweck	235
3. Bereich der Zeitgeschichte	238
a) Alte Rechtsfigur: Personen der Zeitgeschichte	238
b) Legitimes Informationsinteresse/Neues Kriterium: Zeitgeschichtliches Ereignis	245
II. Bilder einer Landschaft oder Örtlichkeit mit Personen als Beiwerk (§ 23 Abs. 1 Nr. 2 KUG)	261
III. Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen (§ 23 Abs. 1 Nr. 3 KUG)	262

IV. Bildnisse, die einem höheren Interesse der Kunst dienen (§ 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG)	264
1. Bisherige tatsächliche Bedeutung des § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG	264
2. Der Tatbestand des § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG	266
V. Verletzung berechtigter Interessen nach § 23 Abs. 2 KUG	267
E. § 24 KUG – Ausnahme im öffentlichen Interesse	271
F. Rechtsfolgen der Verletzung des Rechts am eigenen Bild	272
§ 13. Das Namensrecht	273
A. Einleitung	274
B. Der schutzfähige Name	275
C. Verletzungstatbestand der Namensanmaßung	277
I. Namensgebrauch	277
II. Unbefugtheit	280
III. Interessenverletzung	281
D. Verletzungstatbestand der Namensleugnung	282
E. Das Recht der Gleichnamigen	282
F. Die Nichtnennung des Namens/Namensanonymisierung	284
G. Der Schutz des nicht institutionalisierten Vermögenswertes im Namen	284
H. Postmortaler Schutz des Vermögenswertes im Namen	284
§ 14. Das Markenrecht	288
A. Markenfähigkeit, Schutzhindernisse und Lösungsverfahren	289
I. Markenfähigkeit und graphische Darstellbarkeit, §§ 3 Abs. 1, 8 Abs. 1 MarkenG	289
II. Fehlende Unterscheidungskraft, § 8 Abs. 2 Nr. 1 MarkenG	289
1. Das Bildnis einer Person	290
2. Der Name einer Person	291
3. Die Signatur einer Person	295
4. Die Stimme einer Person	295
III. Freihaltebedürfnis, § 8 Abs. 2 Nr. 2 MarkenG	295
1. Das Bildnis einer Person	296
2. Der Name einer Person	296
3. Die Signatur einer Person	298
4. Die Stimme einer Person	298
IV. Gattungsbezeichnungen, § 8 Abs. 2 Nr. 3 MarkenG	298
V. Täuschungsgefahr, § 8 Abs. 2 Nr. 4 MarkenG	298
VI. Verstoß gegen die öffentliche Ordnung oder gegen die guten Sitten, § 8 Abs. 2 Nr. 5 MarkenG	299
VII. Bösgläubige Markenmeldungen, § 8 Abs. 2 Nr. 10 MarkenG	299
VIII. Das markenrechtliche Lösungsverfahren	300
1. §§ 51, 55 i. V. m. § 13 MarkenG	300
2. § 50 MarkenG i. V. m. § 8 Abs. 2 Nr. 10 MarkenG	300
B. Die Verletzung personenbezogener Marken	301
I. Markenmäßige Nutzung von Personenmarken	301
II. Voraussetzung der Markenverletzung	302
1. Kennzeichnungskraft von Personenmarken	302
2. Markenähnlichkeit	302
III. Einwendungen und Einreden	304
C. Die Personenmarken im Rechtsverkehr	305
I. Übertragung von Personenmarken	305
II. Lizenzierung von Personenmarken	306

Inhaltsverzeichnis

§ 15. Das Urheberpersönlichkeitsrecht	306
A. Allgemeines	307
I. Monistische Theorie	307
II. Urheberpersönlichkeitsrecht im engeren und weiteren Sinne ...	308
1. Urheberpersönlichkeitsrecht im engeren Sinne	308
2. Urheberpersönlichkeitsrecht im weiteren Sinne	309
III. Unübertragbarkeit und Unverzichtbarkeit	309
IV. Das Verhältnis zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht	310
B. Urheberpersönlichkeitsrecht im engeren Sinne	312
I. Gesamtzusammenhang zwischen den einzelnen Urheberpersönlichkeitsrechten	312
II. Die einzelnen Urheber- und Persönlichkeitsrechte	312
1. Das Veröffentlichungsrecht	312
a) Recht der Erstveröffentlichung	312
b) Das Recht der ersten Inhaltsmitteilung	314
2. Das Recht auf Anerkennung der Urheberschaft, Urheberrnennungsrecht	314
3. Das Recht auf Werkintegrität	315
a) Der Gesamtzusammenhang des Änderungsverbots	315
b) Interessenabwägung	316
c) Werkvernichtung	317
7. Kapitel. Das Recht an sonstigen Persönlichkeitsmerkmalen	319
§ 16. Das Recht an der eigenen Stimme	319
A. Einleitung	319
B. Der Schutz der Stimme und der urheberrechtliche Leistungsschutz ..	321
I. System des urheberrechtlichen Leistungsschutzes	321
II. Gegenstand des urheberrechtlichen Leistungsschutzes	322
III. Schutz der Stimme im System der Leistungsschutzrechte	322
1. Die Verwertungsrechte: Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung	322
2. Der persönlichkeitsrechtliche Schutz: Entstellungsschutz	323
IV. Ergebnis	323
C. Persönlichkeitsrechtlicher Schutz der Stimme	324
I. Der Schutz von Persönlichkeitsmerkmalen – Einordnung der Stimme	324
II. Bedeutung der Einordnung der Stimme als besonderes Persönlichkeitsrecht	325
III. Ergänzender Schutz nach dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht	325
D. Besonderheit des deliktischen Schutzes an der Stimme – der Leistungsschutz als Schutz der Konkretisierung der Stimme in einer Darbietung	325
E. Daraus ergeben sich folgende Fallgruppen des Schutzes der Stimme ..	326
I. Übernahme einer künstlerischen Darbietung	326
II. Sampling	327
III. Übernahme einer anderen stimmlichen Leistung (die kein Werk zum Gegenstand hat)	327
IV. Verdeckte Imitation der Stimme	327
V. Offene Imitation der Stimme	328
§ 17. Das Recht am Persönlichkeitsbild (Lebensbild)	329
I. Grundlegung der Begriffe	331
1. Person	331
2. Persönlichkeit	331

Inhaltsverzeichnis

3. Persönlichkeitsbild	331
4. Persönlichkeitsbild als Wirtschafts- und Rechtsgut	332
II. Rechtsschutz der Persönlichkeit und des Persönlichkeitsbildes ..	332
1. Wechselbezüglichkeit von Persönlichkeit und Persönlichkeits- bild	332
2. Verschiedenheit der Schutzgüter	333
a) Gleichzeitiger Rechtsschutz der Persönlichkeit und des Persönlichkeitsbildes	333
b) Besonderer Schutz des Persönlichkeitsbildes	334
c) Postmortaler Schutz des Persönlichkeitsbildes	335
d) Vererblichkeit des Anspruchs auf immateriellen Schadens- ersatz?	336
III. Verletzungstatbestände	338
IV. Das Persönlichkeitsbild im Spiegel der Rechtsprechung	339
1. Erfindung nicht bestehender persönlichkeitsprägender Lebens- daten	339
2. Verfälschung fremder persönlichkeitsprägender Lebensdaten ..	339
3. Aufdeckung und Verbreitung fremder persönlichkeitsprägen- der Lebensdaten	339
4. Unerlaubte Verwertung fremder persönlichkeitsprägender Le- bensdaten	340
a) Redaktionelle Indienstnahme eines fremden Lebens- oder Berufsbildes	340
b) Öffentliche Berichterstattung über Straftäter und deren Straftaten	340
c) Verwertung und Vermarktung fremder Lebensläufe in Schrift-, Bühnen- und Filmwerken	340
V. Grenzen des Rechts am Persönlichkeitsbild	343
1. Allgemeine Grenzen	343
2. Wahrnehmung berechtigter Interessen	343
3. Erhöhtes öffentliches Informationsinteresse bei Personen der Zeitgeschichte	343
4. Dauer des postmortalen Persönlichkeitsbildschutzes	345
VI. Schlusswürdigung	347
§ 18. Das Recht an Gestiken und der Mimik, Slogans und Zitaten sowie an Gegenständen und dem Image	348
A. Einleitung	348
B. Schutz über das Recht am eigenen Bild	349
I. Personenbildnis	349
II. Erkennbarkeit	349
III. Doppelgänger	351
C. Allgemeines Persönlichkeitsrecht	353
I. Zitate und Slogans	353
II. Gegenstände	355
D. Imageschutz	356
E. Rechtfertigung	356
8. Kapitel. Die Fallgruppen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	357
§ 19. Der Schutz vor Indiskretion	357
A. Grundlagen des zivilrechtlichen Indiskretionsschutzes	358
B. Reichweite des Indiskretionsschutzes	359
I. Der Schutz des Privatbereiches	359
1. Der thematische Schutzbereich	360

Inhaltsverzeichnis

2. Der räumliche Schutzbereich	363
3. Privatsphärenschutz bei Medienveröffentlichungen über Pro- minente	370
4. Selbstöffnung der Privatsphäre	373
II. Der Schutz des Intimbereiches	376
III. Der Geheimnisschutz	382
IV. Recht auf Anonymität (Schutz vor Namensnennung)	385
V. Indiskretionsschutz bei Unternehmen	391
VI. Videoüberwachung	397
§ 20. Der Wahrheitsschutz	400
A. Grundsätze	401
B. Einzelheiten	405
I. Erscheinungsformen unwahrer Tatsachenbehauptungen	405
1. Übersicht	405
2. Besondere Aspekte des Wahrheitsschutzes	408
a) Schlagzeilen und journalistische Verkürzungen	408
b) Zitatreue und untergeschobene Äußerungen	408
c) Unwahrheiten durch Bilder	409
II. Die Problematik von „wertneutralen Falschbehauptungen“	410
§ 21. Ehreenschutz, Schutz vor Schmähkritik	412
A. Begrifflichkeit	413
B. Definitions- und Abgrenzungsbemühungen	414
I. Abhängigkeit der Einordnung von „sozialen Standards“	414
II. Eigenes Vorverhalten des Betroffenen	414
III. Konkreter Kontext der Äußerung	415
IV. Ziele und Motive des Äußernden	415
V. Sonderfall Kunstfreiheit	416
1. Bisherige Rechtsprechung	416
2. Der „Fall Böhmernann“	416
VI. Recht auf „Gegenschlag“	417
C. Kategorisierungen nach Art und Inhalt der Äußerung	418
I. Formalbeleidigungen	418
II. Beschimpfungen im weiteren Sinne	418
III. Äußerungen mit (jedenfalls auch) Tatsachencharakter	419
IV. Sonstige nicht näher kategorisierbare Äußerungen	419
D. Kategorisierung nach zugeordnetem Lebensbereich	419
I. Äußerungen im politischen Raum	420
II. Äußerungen im wirtschaftlichen und unternehmerischen Be- reich	421
III. Äußerungen in der sonstige Sozialsphäre	421
1. Religiöser und weltanschaulicher Bereich	421
2. Kritik an Medizinern	422
a) Pointierungen	422
b) „Babocaust“-Entscheidung	422
3. Kritik an Künstlern und ihrem Werk	422
4. Kritik an Lehrern	423
IV. Äußerungen im Bereich der Privat- und Intimsphäre	423
V. Äußerungen in gerichtlichen und behördlichen Verfahren	423
VI. Rechtsmeinungen	424
VII. Das Sonderproblem „Hatespeech“	424

4. Teil. Datenschutzrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz – Informationelle Selbstbestimmung	427
9. Kapitel. Datenschutzrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz	427
§ 22. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung – Datenschutz und die Medien	427
A. Grundlagen	428
I. Rechtsquellen	428
II. Sachlicher Anwendungsbereich	430
1. Personenbezogene Daten	430
a) Begriff des Personenbezugs	430
b) Natürliche Personen	431
c) Kein postmortaler Schutz	432
2. Datenverarbeitung	432
3. Einschränkung bei ausschließlich persönlichen oder familiären Tätigkeiten	432
B. Art. 85 DSGVO: Ausgleich zwischen Datenschutz und Kommunikationsfreiheiten	433
I. Art. 9 Datenschutz-RL 95/46	433
II. Deutsche Rechtslage vor der DSGVO	434
III. Die Öffnungsklausel gemäß Art. 85 DSGVO	435
1. Datenverarbeitungen zu journalistischen, wissenschaftlichen, künstlerischen und literarischen Zwecken (Art. 85 Abs. 2 DSGVO)	436
a) Tatbestandsvoraussetzungen	436
b) Umsetzung im nationalen Recht	436
2. Datenverarbeitungen zu anderen Zwecken (Art. 85 Abs. 1 DSGVO)	438
a) Tatbestandsvoraussetzungen	438
b) Umsetzung im nationalen Recht	440
C. Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung durch Medien und Intermediäre	441
I. Ausgewählte Aspekte zur Einwilligung	441
II. Ausgewählte Aspekte zu Art. 6 Abs. 1 UA 1 lit. f) DSGVO	441
1. Suchmaschinen	442
2. Personenbewertungsportale	442
D. Rechte des Betroffenen, insbesondere das Recht auf Löschung gemäß Art. 17 DSGVO	443
5. Teil. Strafrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz	445
10. Kapitel. Strafrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz	445
§ 23. Strafrechtlicher Persönlichkeitsrechtsschutz	445
A. Einführung	446
B. Persönlichkeitsschutz durch Strafrecht	447
I. Prozessuale Besonderheiten	447
1. Besonderheiten bei Antragsdelikten	448
a) Strafantrag, §§ 77 ff. StGB	448
b) Besonderes öffentliches Interesse	449
2. Verletztenrechte	450
a) Akteneinsichtsrecht des Verletzten, § 406e StPO	450
b) Privatklage	450
c) Nebenklage	451

Inhaltsverzeichnis

II. Das Persönlichkeitsrecht schützende Straftatbestände	452
1. Allgemeiner Teil	452
a) Auslandsbezüge – Anwendbarkeit deutschen Strafrechts	452
b) Täterschaft und Teilnahme	453
c) Insbesondere: Presserechtliche Verjährung	454
2. Beleidigungen, §§ 185 ff. StGB	454
a) Allgemeines	454
b) Beleidigung, § 185 StGB	457
c) Üble Nachrede, § 186 StGB	458
d) Verleumdung, § 187 StGB	459
3. Strafvorschriften zum Schutz des Rechts am eigenen Bild	460
a) § 33 KUG	460
b) Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs, § 201a StGB	465
C. Persönlichkeitsschutz im Strafverfahren	468
I. Schutz der Persönlichkeitsrechte im Ermittlungsverfahren	468
1. Schutz bei staatlichen Veröffentlichungen	469
a) Pressemitteilungen der Staatsanwaltschaft	469
b) Öffentlichkeitsfahndung	470
2. Schutz vor medialer Berichterstattung – Grundsätze der Verdachtsberichterstattung	471
II. Schutz der Persönlichkeitsrechte im strafgerichtlichen Hauptverfahren	474
1. Öffentlichkeit der Hauptverhandlung	474
a) Ausschluss der Öffentlichkeit zum Schutz der Privatsphäre, § 171b GVG	474
b) Schutz von Zeugen, § 68a StPO	475
2. Bildberichterstattung aus der Hauptverhandlung	475
III. Schutz des Persönlichkeitsrechts von Verfahrensbeteiligten nach dem Urteil	477
1. Anonymisierung in veröffentlichten Urteilsgründen	478
2. Wiederholende Berichterstattung und Archive	480
6. Teil. Persönlichkeitsrechtsschutz in Online-Medien	483
11. Kapitel. Persönlichkeitsrechtsschutz in Online-Medien	483
§ 24. Schutz der Persönlichkeit und Reputation in Online-Medien	483
A. Einführung	486
B. Neue Gefährdungslagen für die Persönlichkeit und Reputation durch Online-Medien	488
I. Konvergenz der Medien	488
II. „Internet 2.0, 3.0, 4.0“ und „Social Media“	489
1. Soziale Netzwerke und Nachrichtendienste	490
2. Bewertungsplattformen	491
3. Suchmaschinen	491
III. Neue Gefährdungslagen – neues Recht?	492
C. Rechtlicher Rahmen des Persönlichkeits- und Reputationsschutzes	492
I. Persönlichkeitsrechte von Privatpersonen	492
II. Persönlichkeitsrechte von Unternehmen	494
III. Abwägung zwischen Persönlichkeitsschutz und Meinungsfreiheit	495
IV. Traditionelle „Vermutung zu Gunsten der freien Rede“	497
D. Neue Ausratierung der Abwägungsleitlinien?	499
I. Online-Archive	499

Inhaltsverzeichnis

II. Bewertungsplattformen	503
III. Soziale Netzwerke und Nachrichtendienste	508
IV. Google Snippets und Autocomplete	509
V. Telemedien mit journalistisch-redaktionell gestalteten Angebo- ten	510
1. Journalistische Sorgfaltspflichten	510
2. Auswirkungen bei Nichtbeachtung	510
VI. Bildnisschutz	510
VII. Einzelfragen	512
1. Unlauterer Wettbewerb	512
2. Boykottaufruf	512
3. Verdachtsberichterstattung	512
4. Online-Pranger	512
5. Fragesätze	514
E. Durchsetzung des Schutzes von Persönlichkeit und Reputation	514
I. Auskunftsanspruch zur Aufdeckung der Identität des Äußernden	514
II. Recht auf Vergessenwerden	516
1. Europarechtliche Vorgaben	516
a) Art. 17 Abs. 1 EU-DSGVO	516
b) Google Spain-Urteil des EuGH	516
2. BDSG	517
a) Datenschutzrechtlicher Löschungsanspruch für Suchergeb- nisse	517
b) Notwendige Interessenabwägung	518
3. Löschungsanspruch aus § 1004 Abs. 1 S. 2 BGB analog für erweislich falsche Tatsachenbehauptungen	519
III. Verantwortlichkeit von Providern, Intermediären und Plattform- betreibern	519
1. Haftung für eigene oder zu-eigen-gemachte Inhalte	519
2. Haftungsprivilegierung für fremde Inhalte	520
3. Von der Haftungsprivilegierung unberührt: Störerhaftung auf Beseitigung und Unterlassung	521
a) Grundsatz	521
b) Kritik und Einzelfragen	522
IV. Verantwortlichkeit für das Setzen von Links	523
V. Ansprüche auf Entfernung oder Sperrung von rechtswidrigen Inhalten gegenüber sozialen Netzwerken nach dem NetzDG ..	524
1. Berichts- und Organisationspflichten	524
2. Verfahren zum Umgang mit Beschwerden	525
3. Kritik	525
VI. Besonderheiten bei den Rechtsbehelfen	526
1. Unterlassung und Beseitigung	526
a) Grundlagen	526
b) Besonderheiten	526
2. Geldentschädigung	527
a) Grundlagen	527
b) Besonderheiten	527
3. Gegendarstellung	528
a) Besonderheiten	528
b) Grundlagen	528
4. Sonstige Rechtsbehelfe	528
a) Widerruf, Berichtigung, Richtigstellung und Ergänzung ..	528
b) Materieller Schadensersatz und Bereicherungsausgleich ...	529

Inhaltsverzeichnis

VII. Internationale Gerichtszuständigkeit und anwendbares Recht ..	529
1. Internationale Zuständigkeit	529
a) Unterschiede zwischen EuGVVO a. F., Brüssel Ia-VO, Lugano II-Übereinkommen und § 32 ZPO	531
b) Sachliche Reichweite	533
2. Anwendbares Recht	534
a) Europarechtliche Vorgaben	534
b) § 40 EGBGB	534
c) BDSG	535
F. Ausblick	536
7. Teil. Grenzen des Persönlichkeitsrechts	539
12. Kapitel. Kommunikationsfreiheit	539
§ 25. Wahrnehmung berechtigter Interessen	539
A. Einleitung	540
B. Dogmatische Einordnung der Wahrnehmungsberechtigter Interessen	542
C. Kreis der Wahrnehmungsberechtigten	543
D. Berechtigung des Interesses	544
E. Geeignetheit und Erforderlichkeit der Interessenwahrnehmung	546
F. Angemessenheit der Interessenwahrnehmung	547
G. Subjektives Rechtfertigungselement	548
H. Pflichtenmaßstab	549
I. Journalistische Sorgfaltspflicht	549
II. Kodex des Deutschen Presserates	551
III. Allgemeiner Pflichtenmaßstab	551
J. Typische Fallgruppen	552
I. Verdachtsberichterstattung	552
II. Kritik an wissenschaftlichen, künstlerischen und beruflichen Leistungen	555
§ 26. Meinungs- und Pressefreiheit	557
A. Einleitung	559
I. Die Grundrechte aus Art. 5 Abs. 1 GG	559
1. Die Äußerungs- und Informationsfreiheit	559
2. Die Presse- und Rundfunkfreiheit	560
3. Schutzbereich	560
a) Tatsachenbehauptungen und Meinungsäußerungen	560
b) Das Äußerungsverständnis	565
c) Wort- und Bildberichterstattung	566
d) Behaupten und Verbreiten	567
II. Adressaten der Grundrechte	569
B. Konfliktfälle zwischen Persönlichkeitsrecht und Äußerungsfreiheit ..	569
I. Grundsätze	569
II. Leitentscheidungen und wesentliche Abwägungskriterien	570
1. Wechselwirkung der Grundrechte: Die Lüth-Entscheidung ..	570
2. Selbstbestimmungsschutz: Lebach-Urteil (1973) und Lebach-Beschluss (2000) des Bundesverfassungsgerichts	572
3. Diskretionsschutz: Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Sachen „Caroline von Monaco“ (2004)	574
4. Identitätsschutz:	575
a) Soraya-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (1973) ...	575
b) Eppler-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (1980) ...	576

Inhaltsverzeichnis

c) Böll/Walden-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (1980)	577
d) Prinzip Arche Noah-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (2012)	578
5. Ehrenschutz:	578
a) Islamkritik-Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (2006)	578
b) Rechtsanwalt-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (2016)	580
C. Fallgruppen	581
I. Äußerungen im politischen Meinungskampf	581
II. Presseberichterstattung	583
1. Investigative Berichterstattung	583
2. Berichterstattung über prominente Persönlichkeiten	586
3. Berichterstattung über Partnerschaft	591
4. Berichterstattung über Familienangehörige	592
5. Berichterstattung über Straftäter	594
6. Berichterstattung über Ereignisprominente (Opfer, Angehörige, Verfahrensbeteiligte etc)	600
7. Veröffentlichung von Nacktaufnahmen	601
III. Leistungs- und Warenkritik	602
1. Kritische Produktbewertungen (Warentests)	604
2. Boykottaufrufe	605
IV. Satirische Darstellungen	606
V. Werbung mit Persönlichkeitsmerkmalen	608
Anhang	610
Rechtsprechungsübersicht (Auswahl) nach Fall- und Personen-	
gruppen:	610
§ 27. Kunstfreiheit	619
A. Allgemeines	621
B. Zum Begriff der Kunst	622
I. Positionen der Ästhetik-Theorie	622
II. Der juristische Kunstbegriff	623
III. Keine Niveauekontrolle	625
C. Der verfassungsrechtliche Schutz der Kunst	625
I. Kein Gesetzesvorbehalt	625
1. Die Rechtsprechung des BVerfG	625
2. Die Stufentheorie	625
II. Werk- und Wirkungsbereich, Werkmittler	626
III. Verhältnis zur Meinungsfreiheit	627
1. Tatsachenbehauptung und Kunst	627
2. Meinungsäußerung und Kunst	628
IV. Die kunstspezifische Betrachtung	629
D. Der Konflikt zwischen Kunstfreiheit und Persönlichkeitsrecht	629
E. Typische Fallkonstellationen	630
I. Fiktionale Werke	630
1. Allgemeines	630
2. Fälle aus der Rechtsprechung	630
3. Rechtliche Bewertung	631
a) Erkennbarkeit	631
b) Verselbständigung der Kunstfigur	631
c) Schwere Persönlichkeitsrechtsverletzung	632

Inhaltsverzeichnis

d) Je-Desto-Formel	632
e) Vermutung der Fiktionalität	632
II. Dokufiction	633
1. Allgemeines	633
2. Fälle aus der Rechtsprechung	633
a) Verfilmungen	633
b) Theaterinszenierungen	635
3. Rechtliche Bewertung	636
a) Allgemeines	636
b) Erkennbarkeit	636
c) Unschuldsvermutung, Resozialisierungsgedanke	636
d) Intimbereich	636
III. Satire/Boulevard	637
1. Allgemeines	637
2. Fälle aus der Rechtsprechung	637
a) Karikatur, Fotomontage	637
b) Film	638
c) Werbung	639
3. Rechtliche Bewertung	639
IV. Der Fall Böhmermann	641
8. Teil. Träger des Persönlichkeitsrechts	643
13. Kapitel. Natürliche Personen	643
§ 28. Lebende Personen	643
A. Grundsatz	643
B. Rechtsträger-spezifische Schutzwirkungen	644
I. Rechtsträgergruppen mit gemindertem Schutzbedürfnis	644
II. Rechtsträgergruppen mit gesteigertem Schutzbedürfnis	646
III. Träger spezieller Persönlichkeitsrechte	647
C. Das pränatale Persönlichkeitsrecht	647
I. Eintritt des Schutzes	647
II. Schutzwirkungen	647
D. Rechtswahrnehmung	648
E. Wechsel des Rechtsträgers?	649
I. Vorbemerkung	649
II. Ideelle Bestandteile des Persönlichkeitsrechts	649
III. Vermögenswerte Bestandteile des Persönlichkeitsrechts	650
IV. Aktivlegitimation	651
§ 29. Das Persönlichkeitsrecht des Verstorbenen	652
A. Grundsätze	653
I. Rechtsgrundlagen	654
II. Dogmatische Herleitung	656
B. Schutzbereiche	657
I. Besondere Persönlichkeitsrechte	657
II. Allgemeiner postmortaler Persönlichkeitsschutz	658
1. Ideeller Schutz	658
a) Entwicklung der Rechtsprechung	658
b) Schutz gegen Lebensbildverzerrungen	660
c) Postmortaler Persönlichkeitsschutz vs. Kunstfreiheit	662
d) Unerlaubte werbliche Vereinnahmung des Verstorbenen ..	664
e) Offenbarung wahrer Umstände	666
2. Vermögenswerter Schutz	667

Inhaltsverzeichnis

C. Wahrnehmungsbefugnis	670
I. Postmortaler ideeller Persönlichkeitsschutz	670
1. Erbrechtliche Lösung	671
2. Angehörige als Wahrnehmungsberechtigte	671
II. Postmortaler vermögenswerter Persönlichkeitsschutz	675
D. Schutzdauer	676
I. Postmortaler ideeller Persönlichkeitsschutz	676
II. Postmortaler vermögenswerter Persönlichkeitsschutz	677
E. Anspruchssystem	679
I. Postmortaler ideeller Persönlichkeitsschutz	679
1. Unterlassungsansprüche	679
2. Geldentschädigungsansprüche	679
3. Schadensersatzansprüche	681
4. Richtigstellungs- und Widerrufsansprüche	682
5. Gegendarstellungsansprüche	683
II. Postmortaler vermögenswerter Persönlichkeitsschutz	683
III. Eigene Ansprüche der Angehörigen	685
IV. Ansprüche der Erben auf Zugang zu einem Social-Media Account	686
§ 30. Personenmehrheiten	687
A. Schutzobjekte	687
B. Der Persönlichkeitsschutz der Verbandsmitglieder	688
I. Voraussetzungen	688
1. Die gewählte Bezeichnung	688
2. Die Zielrichtung	689
3. Unmittelbare Betroffenheit	689
II. Schutzwirkungen	691
C. Der Persönlichkeitsschutz des Verbandes	691
I. Ungeschützte Personengruppen	691
1. Zufallskollektive	691
2. Die Erbengemeinschaft	691
3. Ehe und Familie	691
II. Geschützte Verbände	692
1. Schutzvoraussetzungen	692
2. Schutzwirkungen	693
3. Ausländische Personenmehrheiten	694
14. Kapitel. Juristische Personen	695
§ 31. Das Persönlichkeitsrecht juristischer Personen des Privatrechts	695
A. Vorbemerkung	695
B. Rechtsgrundlagen	696
I. Dogmatische Herleitung	696
II. Lückenschließende Funktion	697
C. Zivilrechtlicher Persönlichkeitsschutz	697
I. Schutzzumfang	697
1. Geschützte Sphären	697
2. Reputationsschutz gegen diskreditierende Äußerungen	698
3. Mehrdeutige Äußerungen	699
4. Namens- und Bildnisschutz	700
5. Unmittelbare Betroffenheit	701
II. Ansprüche	701
III. Gründungsstadium	702
IV. Kein „postmortaler“ Persönlichkeitsschutz	703
D. Ausländische juristische Personen des Privatrechts	703

Inhaltsverzeichnis

§ 32. Das Persönlichkeitsrecht juristischer Personen des Öffentlichen	
Rechts	704
A. Grundsatz	704
B. Ausnahmen	704
I. Ehrenschaft	705
1. Schutzzumfang	705
2. Ansprüche	707
II. Geheimnisschutz	708
III. Schutz der Betätigungsfreiheit	709
IV. Namensschutz	709
V. Bildnisschutz	712
C. Ausländische juristische Personen des öffentlichen Rechts	713
§ 33. Persönlichkeitsschutz für Richter und Staatsanwälte	713
A. Einführung	715
I. Problemlagen	715
II. Einschränkungen	715
III. Grundsätze zur Zulässigkeit von Kritik	716
1. Zwei grundlegende höchstrichterliche Entscheidungen	716
2. Übertragung dieser Grundsätze auf den Persönlichkeitsschutz für Richter und Staatsanwälte	716
B. Neuere Rechtsprechung zum Problem kritisch beleuchtet	717
I. Bundesverfassungsgericht	717
II. Bundesverwaltungsgericht	717
III. Würdigung	717
C. Die Schutzebenen	718
I. Der Öffentlichkeitsgrundsatz, § 169 GVG	718
1. Die gesetzliche Regelung im GVG vor der Reform	718
2. Ausnahmeregelung für das Bundesverfassungsgericht	719
3. Reformüberlegungen	719
4. Das Gesetz zur Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Ge- richtsverfahren	720
II. Die Sitzungspolizei	720
III. Das Hausrecht	721
IV. Unterscheidungen	722
D. Auskunftsansprüche der Presse über Richter und Staatsanwälte	722
I. Anspruchsgrundlagen und ihre Einschränkungen	722
II. Weitere Begrenzungen	723
III. Österreich und Schweiz	724
E. Überblick über Rechtsschutzmöglichkeiten nach Verletzung von Persönlichkeitsrechten von Richtern und Staatsanwälten	724
I. Zivilrechtliche Ansprüche	724
II. Weitere Möglichkeiten	725
1. Strafrechtliche Regelungen	725
2. Der Deutsche Presserat	725
3. Schutz durch den Dienstherrn	726
4. Rechtsschutzversicherung	726
F. Einzelne Entscheidungen zum Persönlichkeitsschutz für Richter und Staatsanwälte.	726
I. Große Fälle	726
1. Fall: Wie es auch Freisler getan hat	726
2. Fall: Die durchgeknallte Staatsanwältin	727
3. Fall: Grenzen anwaltlicher Justizkritik	727
4. Fall: Die Gangster und der Staatsanwalt	728

5. Fall: Der alkoholranke Richter	728
6. Fall: Skandalöses Fehlurteil	729
II. Liste kleinerer Fälle (zeitlich geordnet)	730
G. Zusammenfassung	730
9. Teil. Das Persönlichkeitsrecht im Rechtsverkehr	733
15. Kapitel. Strategische Rechtskommunikation	733
§ 34. Strategische Rechtskommunikation	733
A. Vorbemerkung	733
I. Neue Anforderungen an den Anwalt	733
II. Der Begriff strategische Rechtskommunikation	734
B. Der presserechtliche Auskunftsanspruch gegenüber der Staatsanwaltschaft	735
C. Ein potntielles Konfliktfeld: anwaltliche Beratung – PR-Beratung ..	736
D. Die Rechtslage und die Konsequenzen für die Kommunikation	737
E. Wann und wie soll der Anwalt kommunizieren?	738
F. Konkrete Kommunikationsformen	739
I. Das Interview mit dem Mandanten	739
II. Das Interview mit dem Rechtsanwalt	740
III. Das Hintergrundgespräch mit Journalisten	740
IV. Die Pressekonferenz	741
V. Die Pressemitteilung	741
VI. Presserechtliches Informationsschreiben	742
G. Exkurs: Rechtsfragen des Interviews	742
H. Die acht Kardinalfehler bei der anwaltlichen Kommunikation	743
I. Fazit	743
16. Kapitel. Persönlichkeitsrechtliche Verfügungen in Verträgen der Unterhal- tungsindustrie	745
§ 35. Verträge mit Schauspielern, Moderatoren und Musikern	745
A. Einleitung	746
B. Persönlichkeitsrechtlicher Gegenstand des Rechtsgeschäfts	747
I. Schauspieler, Musiker und andere ausübende Künstler	747
II. Moderator	748
C. Vertragsarten	748
I. Darstellervertrag	748
II. Moderatorenvertrag	748
III. Künstlerexklusivvertrag	749
IV. Werbekooperations-, Endorsement- oder Testimonialvertrag ...	749
D. Allgemeine Grundsätze	750
I. Zweckübertragungsgrundsatz	750
II. Rechtsnatur der Einwilligung	752
III. Rechtsnatur der Lizenzierung von Persönlichkeitsrechten	752
IV. Widerruf der Einwilligung	753
V. Vollstreckbarkeit	754
E. Einzelne Klauseln	754
I. Urheberpersönlichkeitsrechtliche Klauseln	754
II. Persönlichkeitsrechtliche Klauseln	755
1. Werbung für das künstlerische Produkt	755
2. Merchandising und Testimonials	756
3. Lebensführung	757
§ 36. Verträge mit Spitzensportlern	758
A. Einleitung	759

Inhaltsverzeichnis

B. Gegenstand der Vermarktung	760
I. Name, Bildnis	760
II. Stimme, Unterschrift, Körper	761
C. Beteiligte	761
D. Überblick über die vertraglichen Gestaltungen	761
E. Die Verträge im Einzelnen	762
I. Athletenvereinbarung	762
1. Allgemeine Rechtsbeziehungen zwischen Verband und Sportler	762
a) „Ein-Platz-Prinzip“	762
b) Bindung des Sportlers an das Verbandsregelwerk	763
2. Interessenlage der Vertragsparteien	763
3. Persönlichkeitsrechtliche Verfügungen im Einzelnen	764
II. Sponsoringvertrag, Vermarktungsvertrag, Werbevertrag	767
1. Allgemeines	767
2. Persönlichkeitsrechtliche Verfügungen im Einzelnen	767
III. Ausrüstervertrag	770
1. Allgemeines	770
2. Persönlichkeitsrechtliche Verfügungen im Einzelnen	770
IV. Arbeitsverträge mit Spitzensportlern	771
1. Allgemeines	771
2. Darstellung der wichtigsten persönlichkeitsrechtlichen Verfügungen anhand des DFL-Musterarbeitsvertrages	772
§ 37. Lebensbildverfilmungsverträge	775
A. Einleitung	776
B. Rechtliche Grundlagen	777
C. Inhalt von Lebensbildverfilmungsverträgen	778
I. Vertragsparteien	778
II. Vertragsgegenstand	779
III. Erteilung der Einwilligung und Einräumung von Rechten	779
IV. Erteilung der Einwilligung bei Minderjährigen und Verstorbenen	780
V. Rechtegeber als Berater	781
VI. Vergütung	782
VII. Exklusivität	782
VIII. Zustimmungsrechte	782
IX. Verzicht auf einstweiligen Rechtsschutz / Unterlassungsklage	783
17. Kapitel. Merchandising- und Werbeverträge	784
§ 38. Merchandisingverträge	784
A. Übersicht	785
I. Begriff und Gegenstand von Merchandisingverträgen	786
II. Entwicklung des Merchandising	788
B. Merchandising in der Praxis	788
I. Marktdaten	788
II. Merchandising-Objekte als Vertragsgegenstände	789
III. Formen der Merchandising-Auswertung	790
C. Schutzrechte an Merchandising-Objekten	791
I. Urheberrechtsschutz	791
II. Leistungsschutzrechte	792
III. Geschmacksmusterschutz	792
IV. Markenschutz	793
V. Titelschutz und Schutz als geschäftliche Bezeichnung	794
VI. Wettbewerbschutz	795
VII. Persönlichkeitsrechtlicher Schutz	796

Inhaltsverzeichnis

D. Vertragstypen im Merchandisinggeschäft	797
I. Übersicht	797
II. Der Standardmerchandising-Lizenzvertrag	797
III. Der Merchandising-Agenturvertrag	798
IV. Merchandisingregelungen in Künstler-, Schauspieler- und Verfilmungsverträgen	798
E. Der Inhalt von Merchandisingverträgen	799
I. Vertragsparteien	799
II. Vertragsgegenstand	800
III. Berechtigung des Lizenzgebers	800
IV. Rechtseinräumung	800
V. Aufgaben des Lizenznehmers	801
VI. Genehmigungsvorbehalt für Vertragsartikel, Qualitätskontrolle, Belegexemplare	801
VII. Freistellung des Lizenzgebers von Produkthaftungsrisiken	802
VIII. Gegenleistung	802
IX. Bucheinsichtsrechte	802
X. Nennung des Lizenzgebers; Schutzrechthinweis	803
XI. Gemeinsame Rechtsverteidigung	803
XII. Vertragsdauer und Kündigung	803
§ 39. Werbeverträge	803
A. Einleitung	804
B. Rechtliche Grundlagen für Werbeverträge	805
C. Inhalt von Werbeverträgen	807
I. Vertragsparteien	807
II. Vertragsgegenstand	807
III. Rechteeinräumung	808
IV. Vergütung	809
V. Exklusivität	809
VI. Freistellung des Lizenzgebers	810
VII. Zustimmung und sonstige Freigaben	810
VIII. Laufzeit und Kündigung	810
18. Kapitel. Die Vermarktung der Privatsphäre	812
§ 40. Die Privatsphäre als Vermögensrecht	812
A. Wirtschaftlicher Hintergrund	812
I. Das Recht auf Privatsphäre als Abwehrrecht	812
II. Das Recht auf Privatsphäre als Nutzungsrecht	813
B. Rechtliche Konsequenzen	814
I. Der vermögensrechtliche Zuweisungsgehalt des Rechts auf Privatsphäre	814
II. Lizenzanalogie	815
C. Einwände	816
I. Unsicherheit über den Umfang des Privatsphärenschutzes	816
II. Verzichtstheorie	819
D. Rechtspolitischer Ausblick	819
§ 41. Verträge über die Privatsphäre	820
A. Einleitung	821
B. Vertragstypen	821
I. Das Interview	822
II. Das Hintergrundgespräch	823
III. Der „Informations-/Nachrichtenkauf“	824
IV. Die „Home-Story“/das „Event“	824

Inhaltsverzeichnis

C. Rechtsnatur der Verträge	825
I. Urheberrechtlicher Ansatz	825
II. Verfügungsrechtlicher Ansatz	826
III. Schuldrechtlicher Ansatz	827
D. Vertragsinhalt	827
I. Vertragsparteien	827
II. Vertragsgegenstand	827
III. Pflichten des Rechteinhabers	828
1. Mitwirkungspflicht	828
2. Nutzungsgestattung	828
3. Exklusivklausel	829
IV. Pflichten des Medienunternehmens als Vertragspartner	830
1. Vergütungspflicht	830
2. Autorisierungsvorbehalt	832
3. Veröffentlichungspflicht	833
V. Freistellung von Haftungsrisiken	834
VI. Vertragsstrafeklauseln	834
1. Vertragsstrafversprechen zugunsten des Rechteinhabers	834
2. Vertragsstrafversprechen zugunsten des Vertragspartners	834
VII. Vertragsdauer/Kündigung	835
1. Vertragsdauer	835
2. Kündigung	836
a) ordentliche Kündigung	836
b) außerordentliche Kündigung	836
E. Vertragswirksamkeit	838
I. Sittenwidrigkeit aufgrund der Mitwirkungspflichten des Rechteinhabers	838
II. Sittenwidrigkeit aufgrund der Bildung eines „Informationsmonopols“	839
F. Ansprüche wegen Vertragsverletzung	842
10. Teil. Rechtsfolgen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts	845
19. Kapitel. Zivilrechtliche Rechtsfolgen und ihre Durchsetzung	845
§ 42. Der Unterlassungsanspruch	845
A. Bedeutung des Unterlassungsanspruchs	846
B. Voraussetzungen des Unterlassungsanspruchs	846
I. Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	846
II. Rechtswidrigkeit	847
III. Begehungsfahr	847
1. Wiederholungsfahr	847
2. Erstbegehungsfahr	849
IV. Anspruchsberechtigte	850
V. Anspruchsverpflichtete	851
1. Autor	851
2. Verleger	851
3. Herausgeber, Chefredakteur, Ressortleiter und verantwortlicher Redakteur	851
4. Informant	852
5. Technischer Verbreiter	852
6. Anzeigenhaftung	852
7. Mehrere Anspruchsverpflichtete	852
VI. Kein Verschuldenserfordernis	852

C. Umfang des Unterlassungsanspruchs	853
I. Konkrete Verletzungsform	853
II. Sinngemäße Behauptungen und Eindruckserweckungen	853
III. Mehrdeutige Äußerungen	853
IV. Gesamtverbot	854
V. Aufbrauchfrist	854
VI. Neuer Sachverhalt	854
D. Unterlassungsverpflichtungserklärung	855
I. Bedeutung und Inhalt	855
II. Besonderheiten	855
1. Vorbehalte und Bedingungen	856
2. Verzicht auf die Strafbewehrung	856
3. Kündigung der Unterlassungsverpflichtungserklärung	856
a) Kündigung wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage	856
b) Kündigung aus wichtigem Grund	856
E. Unterlassungsanspruch bei elektronischen Medien	857
I. Rundfunk	857
II. Internet	857
1. Anspruchsgrundlagen und Telemediengesetz (TMG)	858
2. Haftung für eigene Inhalte	858
3. Haftung für fremde Inhalte	858
a) Access-Provider und Admin-C	858
b) Host- und Service-Provider, Forenbetreiber	858
c) Links	859
4. Haftung der Betreiber von Suchmaschinen	860
§ 43. Der Gegendarstellungsanspruch	860
A. Grundlagen	861
I. Einführung in den Gegendarstellungsanspruch	862
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen für den Gegendarstellungsanspruch	862
1. Gesetzgebungszuständigkeit	862
2. Regelungszwang kraft Verfassungsrechts	862
B. Gesetzliche Regelungen zum Gegendarstellungsanspruch	863
I. Übersicht	863
1. Presse	864
2. Rundfunk	864
3. Telemedien	864
II. Ermittlung der im konkreten Fall anzuwendenden Regelung	864
C. Anspruchsvoraussetzungen für den Gegendarstellungsanspruch	865
I. Materielle (inhaltliche) Voraussetzungen	865
1. Medium	865
2. Grundvoraussetzungen	865
II. Formelle Voraussetzungen	866
1. Unverzüglichkeit der Geltendmachung/Aktualität	866
2. Geltendmachung innerhalb einer Ausschlussfrist	866
3. Schriftlichkeit der Gegendarstellung	867
III. Ausschluss des Anspruchs	867
1. Fehlendes berechtigtes Interesse	867
2. Unangemessener Umfang	867
3. Straffbarer Inhalt der Gegendarstellung	868
4. Wahrheitsgetreue Berichte über Vorgänge in normgebenden Organen	868

Inhaltsverzeichnis

D. Parteien des Gegendarstellungsanspruchs	868
I. Anspruchsberechtigte	868
II. Anspruchsverpflichtete	869
E. Inhalt und Erfüllung des Gegendarstellungsanspruchs	869
I. Platzierung der Gegendarstellung	869
II. Zeitlicher Rahmen für die Erfüllung	870
III. Einzelfragen	870
1. Keine Änderungen durch das Medium	870
2. Glossierung	870
3. Erfüllung im Übrigen	870
F. Durchsetzung des Gegendarstellungsanspruchs	870
I. Erkenntnisverfahren	870
1. Verfahrensart	870
2. Antragsfassung	871
3. Zuständigkeiten	871
4. Verfahren	871
5. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	872
6. Falle des § 929 Abs. 2 ZPO	872
II. Zwangsvollstreckung	872
G. Besonderheiten des Gegendarstellungsanspruchs nach Rundfunk- äußerungen	873
H. Besonderheiten des Gegendarstellungsanspruchs nach Äußerungen in Telemedien	873
I. Praktische Hinweise	873
I. Verschiedenheit der Regelungen	873
II. Bündel oder Konglomerate	874
III. Formalien	874
IV. Nachbesserungen im Rechtsstreit	874
J. Checkliste zum Gegendarstellungsanspruch	875
§ 44. Der Berichtigungsanspruch	875
A. Einführung	877
I. Rechtsgrundlage und Terminologie	877
II. Abgrenzung zu anderen Ansprüchen	879
1. Anspruch auf Unterlassung	879
2. Anspruch auf Löschung bzw. auf Hinwirken auf Löschung für Äußerungen im Internet	879
3. Veröffentlichung des Unterlassungsurteils oder der Unterlas- sungserklärung	880
4. Anspruch auf Gegendarstellung	880
5. Feststellung der Unwahrheit bzw. Rechtswidrigkeit der Be- hauptung	880
B. Voraussetzungen des Berichtigungsanspruchs	881
I. (Erwiesen) unwahre Tatsachenbehauptung	881
1. Tatsachenbehauptung	881
2. Unwahrheit der Tatsachenbehauptung und Nachweis	882
3. Behaupten oder Verbreiten	883
II. Fortdauernde rechtswidrige Beeinträchtigung der Rechtsgüter des Betroffenen	883
1. Rechtswidrige Verletzung geschützter Rechtsgüter	883
a) Geschützte Rechtsgüter	883
b) Rechtswidrigkeit	884
c) Verschulden	885
2. Fortdauer der Beeinträchtigung	885

Inhaltsverzeichnis

3. Wegfall des Berichtigungsbedürfnisses	886
a) Redaktionelle Berichtigungserklärung	886
b) Abdruck einer Gegendarstellung	888
c) Veröffentlichung des Unterlassungsurteils oder der Unterlassungserklärung	888
III. Erforderlichkeit, Eignung und Zumutbarkeit der Berichtigung ..	889
1. Erforderlichkeit: Interessenabwägung	889
a) Objektive Rufbeeinträchtigung	890
b) Berichtigung als Genugtuung oder Demütigung	890
c) Kleiner Kreis der Erklärungsempfänger	891
d) Zutreffender Tatsachenkern	891
e) Prozessbehauptungen	891
f) Mittel zur Beeinflussung eines schwebenden Verfahrens ..	892
g) Provokation des Verletzers	892
2. Eignung der Berichtigung	892
3. Zumutbarkeit	893
C. Formen der Berichtigung	893
I. Widerruf	893
II. Richtigstellung	894
1. Teilweise Unwahrheit	894
2. Vermittlung eines unzutreffenden Eindrucks	894
3. Rechtmäßigkeit der Behauptung zum Äußerungszeitpunkt ..	895
4. Namensidentität	895
III. Nichtaufrechterhaltung	895
IV. Ergänzende Berichterstattung	896
V. Distanzierung	898
D. Anspruchsberechtigung und -verpflichtung	898
I. Der Anspruchsberechtigte	898
II. Der Anspruchsverpflichtete	899
E. Durchsetzung der Berichtigung	900
I. Rechtsweg	900
II. Verfahrensart	900
III. Klageantrag	901
IV. Darlegungs- und Beweislast	902
V. Streitwert	902
VI. Zwangsvollstreckung	902
VII. Verjährung	903
F. Erfüllung des Berichtigungsverlangens	903
I. Abgabe der Erklärung	903
II. Öffentliche – privatschriftliche Berichtigung	904
III. Platzierung und Form der Berichtigung	905
1. Platzierung	905
2. Form	906
3. Gegenäußerungen und redaktionelle Zusätze	907
IV. Zeitpunkt der Abgabe bzw. Veröffentlichung der Erklärung	907
V. Kosten	907
§ 45. Der Anspruch auf Ersatz materiellen Schadens	908
A. Übersicht	909
I. Mögliche Ansatzpunkte	909
II. Anspruchsgrundlagen für den materiellen Schadensersatz	910
B. Voraussetzungen für den äußerungsrechtlichen Anspruch auf Ersatz des materiellen Schadens	910
I. Interpretation der verletzenden Äußerung	910

Inhaltsverzeichnis

II. Eingriff in das Persönlichkeitsrecht	911
III. Rechtswidrigkeit der so interpretierten Äußerung	911
IV. Verschulden	912
V. Parteien des Anspruchs auf Ersatz des materiellen Schadens	913
1. Anspruchsberechtigung	913
2. Anspruchsverpflichtung	914
C. Inhalt des äußerungsrechtlichen Anspruchs auf Ersatz materiellen Schadens	915
I. Zurechnung	915
II. Naturalrestitution	915
III. Geldersatz	915
IV. Entgangener Gewinn	917
V. Aufwendungen zur Schadensabwehr	919
VI. Kosten der Rechtsverfolgung	920
D. Ansprüche aus der Verletzung von postmortalen Persönlichkeitsrechten	920
I. Übersicht	921
1. Immaterieller Schutzbereich	921
2. Materieller Schadensersatz	922
II. Schutzzweck und Schutzdauer	922
§ 46. Der Anspruch auf Geldentschädigung	923
A. Grundlagen des Anspruchs auf Geldentschädigung	924
I. Entstehungsgeschichte	924
II. Rechtsnatur des Anspruchs	926
1. Abgrenzung zum Schmerzensgeld	926
2. Funktionen des Anspruchs	927
a) Ausgleich	927
b) Genugtuung	928
c) Prävention	928
B. Voraussetzungen des Anspruchs auf Geldentschädigung	929
I. Übersicht	929
II. Schwere Persönlichkeitsrechtsverletzung	930
1. Rechtswidriger schuldhafter Eingriff	930
2. Merkmale des schweren Eingriffs	930
a) Bedeutung und Tragweite	930
b) Grad des Verschuldens	933
c) Anlass und Beweggrund	933
d) Weitere Merkmale	934
III. Fehlen anderweitiger Ausgleichsmöglichkeit	934
IV. Anspruchsberechtigte und -verpflichtete	936
C. Höhe des Anspruchs auf Geldentschädigung	937
I. Grundsätze	937
1. Hauptsächlichliche Bemessungsfaktoren	937
2. Gewinnabschöpfung und Lizenzanalogie	938
3. Besonderheiten bei Internetveröffentlichung	939
II. Verfassungsrechtlicher Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	940
III. Mitverschulden	940
IV. Zahlung an Dritte?	940
V. Beispiele zur Höhe des Anspruchs auf Geldentschädigung	940
1. Vorbemerkung	940
2. Entscheidungen zur Höhe der Geldentschädigung	941
D. Prozessuales	943

§ 47. Der Anspruch auf Herausgabe des Erlangten	944
A. Grundsätzliches	946
I. Sachverhalte	946
II. Bereicherungsrechtliche Ansprüche	946
III. Abgrenzungen und Konkurrenzen	946
IV. Leitentscheidungen	947
1. Grundlegende Entscheidungen	947
2. Die Marlene-Entscheidungen	947
3. Die Herrenreiter-Entscheidung	948
B. Herausgabe des Erlangten nach Eingriffskondiktion	948
I. Etwas erlangt?	948
II. Nicht durch Leistung erlangt?	949
III. Auf Kosten des Anspruchstellers?	949
1. Verhältnis zur Rechtsgrundlosigkeit	949
2. Eingriff in ein Ausschließlichkeitsrecht	950
3. Verstoß gegen den Zuweisungsgehalt	950
4. Hypothetische Betrachtung?	950
5. Anspruchsberechtigter wird festgelegt	951
IV. Erwerb ohne rechtlichen Grund	951
1. Grundsätzliches	951
2. Nutzung von Bildnissen	951
3. Zuweisungstheorie	951
V. Widersprüchliches Verhalten des Verletzten	952
VI. Hypothetische Nichtverwendung durch den Eingreifer	952
VII. Höhe des Anspruchs aus Eingriffskondiktion	953
1. Grundsätzliches	953
2. Sachverständigengutachten	953
3. Gewinnherausgabe	954
4. Maßgeblicher Zeitpunkt	954
5. Wegfall der Bereicherung	954
6. Sittenwidrigkeit einer möglichen eigenen Vermarktung	954
C. Lizenzgebühr für redaktionelle Berichterstattung	954
D. Ansprüche aus der Vermarktung fremder Persönlichkeitsrechte	955
I. Übersicht	955
1. Bereicherungsansprüche	955
2. Ansprüche auf materiellen Schadensersatz	956
II. Verwertungsbereitschaft als Voraussetzung	957
1. Einverständnis	957
2. Ausdrückliche Ablehnung	957
3. Selbstkommerzialisierung	958
III. Grenzen der Lizenzanalogie	958
1. Immaterielle Beeinträchtigung	958
2. Abwägungsgebot	959
E. Besonderheiten der Aufwendungskondiktion	960
I. Tatbestandsmerkmale	960
1. Bestehen eines Beseitigungsanspruchs	961
2. Selbstbeseitigung der Störung durch den Betroffenen	961
a) Möglichkeiten	961
b) Gegendarstellung als Ausgleich	961
c) Positivwerbung	961
d) Unklare Anzeigen	962
II. Höhe des Anspruchs aus Aufwendungskondiktion	962
1. Materiell-rechtliche Fragen	962

Inhaltsverzeichnis

2. Prozessuale Fragen	962
a) Vermögensrechtliche Streitigkeit	962
b) Streitigkeit der Forderungen unter den Parteien	963
c) Schwierigkeiten einer vollständigen Aufklärung	963
d) Schätzung durch das Gericht	963
§ 48. Ergänzende Ansprüche (Der Auskunftsanspruch u. a.)	964
A. Ansprüche auf Auskunft und Rechnungslegung	966
I. Auskunftsanspruch	966
1. Allgemeines	966
a) Durchsetzung von Hauptansprüchen	966
b) Selbstständiger Auskunftsanspruch	966
c) Unselbstständiger Auskunftsanspruch	966
d) Medien- bzw. presserechtliche Auskunftsansprüche	966
2. Auskunft über den Verursacher der Rechtsverletzung	966
a) Verursacher der Rechtsverletzung	966
b) Inhaber von Schutzrechten	967
c) Diensteanbieter	967
d) Auskunftsanspruch nach § 14 Abs. 3 TMG i.V.m. § 1 Abs. 3 NetzDG	967
3. Auskunft über den Inhalt der Rechtsverletzung	968
a) Einzelheiten der Rechtsverletzung	968
b) Inhalt der Rechtsverletzung	968
c) Auskunftsanspruch	969
4. Auskunft über den Umfang der Verbreitung	969
a) Umfang der Verbreitung	969
b) Unwahre Behauptung	970
c) Rechtswidriger Eingriff	970
5. Voraussetzungen des Auskunftsanspruchs	970
a) Bestehen eines Rechtsverhältnisses	970
b) Unverschuldete Unkenntnis des Verletzten	971
c) Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der eigenen Infor- mationsbeschaffung	971
d) Unschwere Erteilung der Auskunft	971
e) Interessenabwägung	971
6. Inhalt des Auskunftsanspruchs	972
a) Mitteilung von Tatsachen	972
b) Umfang der Auskunft	972
c) Urteilstenor	972
7. Erfüllung und Durchsetzung des Auskunftsanspruchs	973
a) Geltendmachung des Auskunftsanspruchs	973
b) Erfüllung des Auskunftsanspruchs	973
c) Wirtschaftsprüfervorbehalt	973
8. Bedeutung des Auskunftsanspruchs	974
a) Bedeutung des Auskunftsanspruchs	974
b) Vorbereitung und Durchsetzung des Auskunftsanspruchs ..	974
c) Gesetz zur Verbesserung der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums	974
II. Rechnungslegungsanspruch	974
B. Urteilsveröffentlichungsanspruch	975
I. Veröffentlichung von Unterlassungsurteilen	975
1. Allgemeines	975
a) Wettbewerblicher Bereich	975

Inhaltsverzeichnis

b) Urheberrecht	975
c) Persönlichkeitsrechtsverletzungen	975
2. Voraussetzungen des Urteilsveröffentlichungsanspruchs	976
a) Öffentliche rufschädigende Meinungsäußerung	976
b) Beseitigungs- oder Unterlassungsanspruch	976
c) Antrag	977
d) Berechtigtes Interesse	977
3. Inhalt der Urteilsveröffentlichung	978
a) Anordnung der Urteilsveröffentlichung	978
b) Einzelheiten der Urteilsveröffentlichung	978
c) Vorläufige Vollstreckbarkeit	978
d) Eigenmaßnahmen	979
4. Bedeutung des Urteilsveröffentlichungsanspruchs	979
a) Bedeutung in der Praxis	979
b) Grenzen	979
c) Urteilsveröffentlichung zur Störungsbeseitigung	979
II. Veröffentlichung von Unterlassungserklärungen	980
C. Sonstige Hilfsansprüche	980
I. Ansprüche zur Sicherung des Unterlassungsanspruchs	980
1. Vernichtungsanspruch	980
a) Anspruch auf Vernichtung	980
b) Voraussetzungen	981
c) Durchsetzung im Hauptsacheverfahren	981
d) Bedeutung in der Praxis	981
2. Rückrufanspruch	981
a) Inhalt des Rückrufanspruchs	981
b) Voraussetzungen des Rückrufanspruchs	982
c) Durchsetzbarkeit	982
d) Mögliche Ausgestaltung als Sonderrechtsbehalt	982
3. Herausgabeanspruch	982
a) Anspruch auf Herausgabe	982
b) Beschränkungen der Beschlagnahmemöglichkeit	983
c) Urteilstenor	983
d) Bedeutung in der Praxis	983
II. Sonstige Ansprüche: Anspruch auf Archivaufnahme	983
§ 49. Gesonderte Sanktionen bei Verletzung des Pressekodex	984
A. Verfahrensbeteiligte und Beschwerdegegenstand	985
I. Beschwerdeführer	985
II. Beschwerdegegner	986
III. Form der Beschwerde	987
IV. Gegenstand der Beschwerde	987
B. Ablauf des Beschwerdeverfahrens	988
I. Vorprüfung	988
II. Vermittlung	989
III. Verfahren vor dem Beschwerdeausschuss	989
IV. Besondere Verfahren	990
1. Beschwerde zum Datenschutz	990
2. Verfahren vor dem Plenum	991
3. Wiederaufnahme des Verfahrens	991
C. Entscheidung und Sanktionssystem	991
I. Entscheidung des Beschwerdeausschusses	992
II. Bekanntgabe der Entscheidung	992

Inhaltsverzeichnis

III. Die Maßnahmen nach der Beschwerdeordnung	992
1. Redaktioneller Hinweis	993
2. Missbilligung	993
3. Rüge	993
4. Nicht-öffentliche Rügen	994
5. Verzicht auf Maßnahme bei begründeter Beschwerde	994
IV. Verhältnis zwischen Presserats- und gerichtlichen Sanktionen ...	994
V. Gerichtliche Überprüfbarkeit der Sanktionen	996
1. Auffassungen OLG Hamburg und OLG Köln	996
2. Ansicht LG Frankfurt a. M.	997
VI. Wirkung der Presseratsanktionen	997
D. Statistische Angaben zum Beschwerdeaufkommen des Presserats	998
20. Kapitel. Verfahrensrechtliche Fragen	999
§ 50. Einstweiliger Rechtsschutz	999
A. Grundsätzliches	1002
I. Die Unterlassungsverfügung: Sicherungs- oder Leistungsverfügung?	1002
II. Die zulässige Verfahrensart	1003
1. Unterlassungsanspruch	1003
2. Gegendarstellungsanspruch	1003
3. Anspruch auf Berichtigung (Widerruf; Richtigstellung, usw.)	1004
4. Antrag auf Feststellung	1004
5. Anspruch auf Auskunft gegenüber Medien und Privaten	1005
III. Rechtshängigkeit	1005
IV. Rechtskraft	1005
1. Formelle Rechtskraft	1005
a) Eilverfahren	1005
b) Beschlussverfügungen	1006
2. Materielle Rechtskraft	1006
a) Eilverfahren	1006
b) Verfügungsverfahren	1006
B. Das Verfahren auf Anordnung der einstweiligen Verfügung	1008
I. Systematik	1008
II. Der Ablauf des Verfahrens	1008
III. Vorprozessuale Maßnahmen bei Unterlassungsansprüchen	1009
1. Die Abmahnung	1009
a) Die Abmahnungserklärung	1009
b) Rechtsnatur der Abmahnung, Zugang, Vollmacht	1009
c) Inhalt der Abmahnung	1011
d) Form der Abmahnung	1011
e) Entbehrlichkeit der Abmahnung	1012
f) Unterlassungsvertrag	1012
g) Kosten der Abmahnung	1012
2. Die Schutzschrift	1013
a) Einleitung	1013
b) Inhalt	1013
c) Behandlung der Schutzschrift	1014
d) Kosten der Schutzschrift	1014
IV. Vorprozessuale Maßnahmen bei der Gegendarstellung	1015
V. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung	1015
1. Zur Zulässigkeit des Verfügungsantrags	1015
a) Rechtsweg	1015

Inhaltsverzeichnis

b) Die Zuständigkeit	1015
c) Prozessvoraussetzungen	1016
d) Inhaltserfordernis	1016
e) Fristenerfordernis	1017
2. Zur Begründetheit des Verfügungsantrags	1017
a) Grundsätze der Darlegungs- und Glaubhaftmachungslast beim einstweiligen Verfügungsverfahren	1017
b) Darlegungs- und Glaubhaftmachungslast bei Unterlassungs- ansprüchen	1018
c) Besonderheiten	1018
d) Mittel der Glaubhaftmachung	1019
VI. Die Erledigung der Hauptsache	1019
1. Anwendbarkeit im Verfügungsverfahren	1019
2. Erledigende Ereignisse	1019
VII. Rechtsmittel/Rechtsbehelfe	1021
1. Zurückweisung des Verfügungsantrags	1021
2. Stattgebende Beschlussverfügung	1021
a) Widerspruch	1021
b) Beschränkung des Widerspruchs	1021
3. Urteilsverfahren	1022
VIII. Das Abschluss schreiben und die Abschlusserklärung	1022
1. Begriffe	1023
2. Das Abschluss schreiben	1023
a) Inhalt	1023
b) Die Kosten des Abschluss schreibens	1023
3. Die Abschlusserklärung	1024
a) Inhalt der Abschlusserklärung	1024
b) Form der Abschlusserklärung	1024
c) Zugang der Abschlusserklärung	1025
IX. Die Anordnung der Klageerhebung gemäß §§ 936, 926 Abs. 1 ZPO	1025
X. Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung gemäß §§ 936, 926 Abs. 2 ZPO	1025
XI. Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen veränderter Umstände gemäß §§ 936, 927 ZPO	1025
1. Abgrenzung	1025
2. Anwendungsbereich	1026
3. Das Verhältnis des Aufhebungsverfahrens zum Widerspruchs- und Berufungsverfahren	1026
4. Die veränderten Umstände	1027
5. Die Entscheidung	1027
6. Kosten	1028
XII. Der Verzicht auf die titulierte Forderung	1028
XIII. Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	1028
1. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung beim Widerspruch und beim Aufhebungsverfahren	1028
2. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung im Berufungsverfahren	1029
C. Die Vollziehung der einstweiligen Verfügung	1029
I. Die Situation nach Erlass einer einstweiligen Verfügung	1030
1. Erfordernis der Sicherung des Titels	1030
2. Die Zustellung der Beschlussverfügung	1030
3. Die Zustellung der Urteilsverfügung	1030
II. Die in Betracht kommenden Vollziehungsmaßnahmen	1031

Inhaltsverzeichnis

III. Die Vollziehung der Unterlassungsverfügung	1031
1. Der Schuldner begeht innerhalb der Vollziehungsfrist einen Rechtsverstoß	1031
a) Urteilsverfügung	1031
b) Beschlussverfügung	1032
2. Der Schuldner begeht innerhalb der Vollziehungsfrist keinen Rechtsverstoß	1032
a) Beschlussverfügung	1032
b) Urteilsverfügung	1032
IV. Die Vollziehung der Gegendarstellungsverfügung	1032
1. Beschlussverfügung	1032
2. Urteilsverfügung	1033
V. Die Parteizustellung und die Heilung von Zustellungsmängeln ..	1033
1. Die Form der Parteizustellung	1033
2. Die Heilung von Zustellungsmängeln	1034
VI. Die Vollziehungsfrist, §§ 936, 929 Abs. 2 ZPO	1034
1. Fristart	1034
2. Fristbeginn	1035
a) Urteilsverfügung	1035
b) Beschlussverfügung	1035
VII. Die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung von Unterlassungen ..	1036
1. Allgemeine Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	1036
a) Vollstreckungsfähigkeit	1036
b) Vollstreckungsklausel	1036
c) Zustellung	1036
2. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen	1036
VIII. Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Veröffentlichung der Gegendarstellung	1037
IX. Der Schadensersatzanspruch gemäß § 945 ZPO	1037
1. Einstweilige Verfügungen auf Unterlassung	1037
2. Einstweilige Verfügung auf Gegendarstellung	1037
X. Der Streitwert	1037
1. Unterlassung	1038
2. Gegendarstellung	1038
§ 51. Hauptsacheverfahren	1038
A. Zulässige Verfahrensart	1040
B. Zulässigkeit der Hauptsacheklage	1040
I. Ordnungsmäßigkeit der Klageerhebung; hier: Zulässigkeit des Antrags	1040
1. Einführung	1040
2. Unterlassungsansprüche	1041
3. Bestimmtheit des Klageantrags	1041
4. Antragsformulierung in Sonderfällen	1043
II. Wirksamkeit der Klageerhebung	1045
III. Örtliche Zuständigkeit	1046
IIIa. Internationale Zuständigkeit	1046
IV. Sachliche Zuständigkeit	1046
V. Funktionelle Zuständigkeit	1047
VI. Prozessführungsbefugnis	1048
VII. Rechtsschutzbedürfnis	1050
VIII. Zulässigkeit des Zivilrechtswegs	1053
IX. Güteverfahren / Konfliktbeilegung	1055
X. Feststellungsklage	1056

Inhaltsverzeichnis

C. Streitgegenstand	1057
I. Grundsätzliches	1057
II. Abgrenzungen	1057
III. Speziell zu den Schadensersatzansprüchen	1057
IV. Speziell zum Gegendarstellungsanspruch	1058
V. Speziell zum Unterlassungsanspruch	1058
D. Verfahren der Hauptsacheklage	1059
I. Prozesskostenhilfe	1059
II. Hinweispflichten	1059
III. Beweiserhebung	1061
IV. Richterliche Sachkunde	1062
V. Darlegungs- und Beweislast	1063
VI. Anwaltliche Standespflichten	1063
E. Entscheidung über eine Hauptsacheklage	1063
I. Parteianträge	1063
II. Teilabweisungen und Kostenfolgen	1064
III. Festsetzung des Streitwerts	1064
F. Rechtsmittel gegen Entscheidungen im Hauptsachverfahren	1065
I. Grundsätzliche Zulässigkeit	1065
II. Begründungszwang	1065
§ 52. Vollstreckungsrechtliche Fragen	1066
A. Systematischer Überblick	1067
B. Zwangsvollstreckung von Titeln wegen Äußerungen in Printmedien und im Rundfunk	1067
I. Zwangsvollstreckung von Unterlassungstiteln	1068
1. Grundlagen	1068
2. Abgrenzungen	1069
3. Antrag und Zuständigkeiten	1069
4. Vollstreckbarer Unterlassungstitel	1070
5. Vollstreckungsklausel	1070
6. Wirksamkeit des Titels – Zustellung, Aufhebung	1071
7. Androhung nach § 890 Abs. 2 ZPO	1071
8. Sicherheitsleistung	1071
9. Zuwiderhandlung gegen den Titel – materielle Prüfung	1072
a) Grundsätze	1072
b) Auslegung des Titels	1073
c) Verstoß durch den Schuldner?	1073
d) Zumutbare Maßnahmen des Schuldners	1073
10. Mehrfache Verstöße	1074
11. Verschulden	1075
12. Art und Höhe des Ordnungsmittels	1075
13. Kosten mit Streitwert	1076
14. Rechtsbehelfe	1076
II. Zwangsvollstreckung von Titeln auf Gegendarstellung	1076
1. Abgrenzungen	1077
2. Voraussetzungen für die Festsetzung	1077
3. Bedingte Festsetzung	1077
4. Keine Androhung	1078
5. Art und Höhe des Zwangsmittels	1078
6. Durchführung der Zwangsvollstreckung nach Verfall	1079
7. Erledigung der Hauptsache	1079
8. Streitwert und Kosten	1079
9. Rechtsbehelfe	1079

Inhaltsverzeichnis

III. Zwangsvollstreckung von Titeln auf Widerruf	1080
1. Abgrenzungen	1080
2. Grundlagen für die Zwangsvollstreckung	1080
3. Rechtskraft des Titels	1081
4. Verfahren	1081
5. Materielle Prüfung: Erfüllung	1082
6. Entscheidung des Gerichts	1082
7. Rechtsbehelfe	1082
IV. Vollstreckung von Titeln auf Auskunftserteilung	1082
C. Zwangsvollstreckung von Titeln wegen Äußerungen im Internet ...	1083
I. Anerkennung ausländischer Titel	1083
II. Titelauslegung	1083
III. Unterlassungspflichten	1083
IV. Handlungspflichten	1084
1. Löschung bei der DENIC	1084
2. Einschaltung von informierten Spezialisten	1084
3. Reichweite der Handlungspflichten	1084
4. Einwirkung auf Dritte	1084
5. Überwachungspflichten	1085
6. Fortsetzungszusammenhang bei Internetäußerungen	1085
7. Vollstreckung deutscher Titel im Ausland	1085
§ 53. Kostenrecht	1086
A. Kosten des Betroffenen	1087
I. Vorgerichtliche Kosten	1087
1. Erstattung von Abmahnkosten	1087
a) Innen- und Außenverhältnis	1087
b) Anspruchsgrundlage für Kostenerstattung bei Gegendarstellung	1087
c) Anspruchsgrundlage für Kostenerstattung bei Unterlassung, Richtigstellung und Schadensersatz	1088
d) Sonstige Voraussetzungen des vorgerichtlichen Erstattungsanspruchs	1088
e) Abrechnung bei Anspruchshäufung (Der Begriff der gebührenrechtlichen „Angelegenheit“)	1089
f) Welche Kosten sind erstattungsfähig?	1092
g) Einwand: Kosten im Innenverhältnis noch nicht bezahlt, verfährt nicht	1094
2. Einzelfälle zur Abmahnkostenerstattung	1094
a) Kostenerstattung bei Selbstbeauftragung	1094
b) Kostenerstattung bei nachträglicher Abstandnahme vom Primäranspruch	1095
c) Keine Abmahnkosten bei sog. Schubladenverfügung	1097
d) Abmahnkosten bei mehrdeutigen Äußerungen	1097
3. Höhe der Abmahnkosten	1098
a) Gegenstandswerte	1098
b) Gebührensatz	1101
c) Kostenerstattung bei nur teilweise berechtigter Abmahnung	1102
4. Kostenerstattung für Abschlusschreiben	1103
a) Kostenerstattung für Abschlusschreiben dem Grunde nach	1103
b) Höhe der Gebühr für Abschlusschreiben	1104

Inhaltsverzeichnis

5. Anrechnung der Geschäftsgebühr bei späterem Gerichtsverfahren	1105
a) Geschäftsgebühr wird in der Praxis regelmäßig verkürzt	1105
b) Keine Anrechnung bei Vergütungsvereinbarung	1106
c) Anrechnung bei nur teilweise gerichtlich geltend gemachter Hauptforderung	1106
6. Rückerstattung überzahlter vorgerichtlicher Anwaltsgebühren	1106
II. Kosten im Gerichtsverfahren	1107
1. Rechtsgrundlage	1107
2. Kostenfestsetzungsverfahren: Einwand rechtsmissbräuchlicher Rechtsverfolgung	1107
3. Reisekosten des Anwalts	1109
4. Wann ist der Kostenerstattungsanspruch streitwerterhöhend?	1110
5. Rückforderung bei Vorliegen rechtskräftiger Kostenfestsetzungsbeschlüsse	1111
6. Kosten bei Aufhebung der Verfügung wegen veränderter Umstände nach §§ 936, 927 ZPO	1111
B. Kosten des Anspruchsgegners	1112
I. Vorgerichtliche Kosten	1112
II. Kosten des Gerichtsverfahrens – die Schutzschrift	1113
11. Teil. Grenzüberschreitende Persönlichkeitsrechtsverletzungen, Europäisches Recht, Völkerrecht	1115
21. Kapitel. Grenzüberschreitende Persönlichkeitsrechtsverletzungen	1115
§ 54. Anwendbares materielles Recht	1115
A. Übersicht	1116
I. Rechtsgrundlagen	1116
II. Die Qualifikation	1117
III. Die Anknüpfung	1118
B. Der Anspruch auf Geldentschädigung	1118
I. Die Qualifikation	1118
II. Die Anknüpfung	1119
1. Die Tatortanknüpfung gem. Art. 40 Abs. 1 EGBGB	1119
a) Die Bestimmung des Handlungsorts	1119
b) Die Bestimmung des Erfolgsorts	1121
c) Das Verhältnis von Handlungs- und Erfolgsortanknüpfung	1125
2. Die weiteren Anknüpfungsmomente nach Art. 40 ff. EGBGB	1125
a) Die nachträgliche Rechtswahl durch die Parteien, Art. 42 EGBGB	1126
b) Die wesentlich engere Verbindung, Art. 41 EGBGB	1126
c) Der gemeinsame gewöhnliche Aufenthalt, Art. 40 Abs. 2 EGBGB	1127
3. Der Renvoi	1127
a) Die Verweisung des Art. 40 Abs. 1 EGBGB	1128
b) Die Verweisung des Art. 40 Abs. 2 EGBGB	1128
c) Die Verweisung des Art. 41 Abs. 1 EGBGB	1128
4. Der ordre-public-Vorbehalt	1128
C. Der Unterlassungsanspruch	1129
D. Der Anspruch auf Gegendarstellung	1129
E. Der Anspruch auf Beseitigung und Widerruf	1130

Inhaltsverzeichnis

F. Der Anspruch auf materiellen Schadensersatz	1131
I. Die Qualifikation	1131
II. Die Anknüpfung	1132
G. Der Anspruch auf Herausgabe des Erlangten	1133
I. Die Qualifikation	1133
1. Der Anspruch aus Eingriffskondiktion	1133
2. Der Anspruch aus angemessener Eigengeschäftsführung	1133
II. Die Anknüpfung	1134
1. Der Anspruch aus Eingriffskondiktion	1134
2. Der Anspruch aus angemessener Eigengeschäftsführung	1135
H. Ergänzende Ansprüche	1135
I. Postmortaler Persönlichkeitsrechtsschutz	1136
I. Die Qualifikation	1136
II. Die Anknüpfung	1137
J. Datenschutzverletzungen	1138
I. Die Qualifikation	1138
II. Die Anknüpfung	1138
§ 55. Internationale gerichtliche Zuständigkeit	1139
A) Einführung	1141
I. Methodik des Vorgehens	1141
II. Entscheidungen des EuGH	1142
1. Die Shevill-Entscheidung (Printmedien)	1142
a) Sachverhalt	1142
b) Vorlagefragen	1143
c) Die Entscheidung des EuGH und Würdigung	1144
2. Die eDate Advertising-Entscheidung (Internet)	1144
3. Die Bolagsupplysningen-Entscheidung (Internet)	1145
III. Entscheidungen des BGH	1146
1. Die Sedlmayr-Mörder Entscheidung des BGH	1146
2. Die srf.ch-Entscheidung	1146
IV. Äußerungen im Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen)	1146
V. Parallelverbreitungen	1147
VI. Außereuropäische Sachverhalte	1147
B. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	1147
I. Internationale Regelungen	1147
II. Kein Einfluss der Rom-II-Verordnung	1149
III. Auslandsbezug	1150
IV. Internationale Zuständigkeit als Prozessvoraussetzung	1150
V. Wesentliche Interessenlagen im Bereich der internationalen Zuständigkeit	1151
1. Favor actoris	1151
2. Gleichlauf	1151
3. Nähe zum Sachverhalt	1151
4. Schutz anderer Verfahrensbeteiligter	1152
5. Konzentration/Konnexität	1152
6. Wirksamkeit	1152
7. Kein „forum shopping“	1152
C. Rein innerdeutsche Rechtsstreitigkeiten wegen Verletzung von Persönlichkeitsrechten	1153
D. Rechtsstreitigkeiten im Anwendungsbereich der EuGVVO	1153
I. Anwendungsbereich von Art. 4 EuGVVO 2012	1153
II. Anwendungsbereich von Art. 7 Nr. 2 EuGVVO 2012	1154
1. Voraussetzungen von Art. 7 Nr. 2 EuGVVO 2012.	1154

Inhaltsverzeichnis

2. Grundsätzliche Wirkung der Anwendung	1156
3. Wirkung der Shevill-Entscheidung	1156
4. Einschränkung der Anwendung	1158
III. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	1159
1. Anforderungen an den Vortrag	1159
2. Mehrere Verfahren	1159
3. Torpedoklagen	1160
4. Anspruchskonkurrenz	1160
5. Mehrere Beklagte	1161
6. Eilverfahren	1161
7. Vorlage an den EuGH	1161
8. Einschränkungen bei der Tenorierung	1161
E. Rechtsstreitigkeiten im Anwendungsbereich von Art. 5 Nr. 3	
EuGVÜ und LugÜ II	1162
I. Grundlagen	1162
II. Zuständigkeitsfragen in anderen Ländern	1163
III. Vorlage an den EuGH zu Auslegungsfragen	1163
§ 56. Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet	1163
A. Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG)	1169
I. Einführung	1169
II. Einzelheiten	1170
1. Anwendungsbereich des NetzDG	1170
a) Strafrechtliche Bezugsnormen	1170
b) Soziale Netzwerke	1170
2. Bußgeldvorschriften	1170
3. Zustellungsbevollmächtigter	1171
4. Erweiterung des Auskunftsrechts der Diensteanbieter	1171
III. Würdigung	1171
B. Grundsätzliches zum Persönlichkeitsschutz gegenüber Äußerungen	
im Internet	1172
I. Überblick	1172
II. Begriff der Telemedien	1173
III. Begriffe „Diensteanbieter“ und „Provider“	1173
IV. Die E-Commerce-Richtlinie (ECRL)	1174
C. Medienrechtliche Ansprüche nach Internetäußerungen	1175
I. Bestimmung des Aussagegehalts von Äußerungen im Internet ..	1175
1. Grundsätzliche Ausgangslage	1175
2. Aussagegehalt speziell von Internetäußerungen	1175
3. Konkrete Umstände des Einzelfalls	1176
4. Weitere Besonderheiten bei der Interpretation von Online- äußerungen	1176
II. Abgrenzung von Tatsachenbehauptungen und Meinungsäuße- rungen im Internet	1177
1. Beweiszugänglichkeitstheorie	1177
2. Übersetzungsprobleme als Interpretationsfragen	1177
III. Beurteilung der Rechtswidrigkeit von Äußerungen im Internet ..	1178
1. Sonderregelungen im allgemeinen Recht	1178
2. Grundsätzliche Darstellung	1178
a) Tatsachenbehauptungen	1178
b) Meinungsäußerungen/Werturteile	1179
3. Online-Anprangerung	1179
4. Angabe tatsächlicher Grundlagen für Meinungsäußerungen im Onlinebereich	1180

Inhaltsverzeichnis

5. Disclaimer	1180
6. Veröffentlichung von Bildnissen im Onlinebereich	1181
a) Rechtlicher Ansatzpunkt	1181
b) Intimsphäre	1182
c) Konkludentes Verhalten	1182
d) Begriff der „Verbreitung“	1183
IV. Sorgfaltspflichten im Onlinebereich	1183
1. Bedeutung der Sorgfaltspflichten	1183
2. Die Regelung in § 54 Abs. 2 RStV	1183
3. Laienjournalismus	1184
V. Verschulden als Voraussetzung bei Onlinehaftung	1184
1. Grundsätzliche Ausgangslage	1184
2. Internetbereich	1184
D. Verantwortlichkeiten in speziellen Bereichen	1184
I. Unterlassungsansprüche	1185
II. Suchmaschinen	1185
III. Online-Archive	1187
IV. Bewertungsportale	1188
V. Linkhaftung	1189
VI. Soziale Netzwerke	1189
E. Gegendarstellungsansprüche zu Äußerungen im Internet	1190
F. Bedeutung der Besonderheiten des Mediums „Internet“ für den Persönlichkeitsschutz	1191
G. Grundrechtliche Besonderheiten des Persönlichkeitsrechtsschutzes im Internet	1193
I. Meinungsfreiheit	1193
II. Rundfunkfreiheit	1193
III. Träger der Grundrechte aus Art. 5 GG	1194
H. Einfluss des Europarechts auf den Persönlichkeitsschutz im Internet	1194
I. Besonderheiten nach Art. 10 EMRK	1194
1. Subjektiver Anwendungsbereich von Art. 10 EMRK	1194
2. Einschränkungsmöglichkeiten im Rahmen von Art. 10 EMRK	1194
3. Verhältnis von Art. 5 GG und Art. 10 EMRK	1195
4. Das Delfi-Urteil des EGMR	1195
5. Das Annen-Urteil des EGMR	1195
II. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	1196
III. Die Rom-II-Verordnung	1196
IV. DSGVO	1196
22. Kapitel. Persönlichkeitsschutz in der EMRK und im EU-Recht	1197
§ 57. Europäische Menschenrechtskonvention	1197
A. Einleitung: Persönlichkeitsschutz in völkerrechtlichen Verträgen	1198
B. Persönlichkeitsschutz in der Europäischen Menschenrechtskonvention	1200
I. Schutz des Privatlebens durch Art. 8 EMRK	1200
1. Sachlicher Schutzbereich	1200
2. Persönlicher Schutzbereich	1202
3. Schutzrichtung	1202
4. Eingriffe	1203
5. Rechtfertigung gemäß Art. 8 Abs. 2 EMRK	1203
a) Gesetzliche Grundlage	1203

Inhaltsverzeichnis

b) Legitimes Ziel	1203
c) Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft	1203
6. Verletzung positiver Verpflichtungen	1204
II. Schutz der Kommunikationsfreiheiten durch Art. 10 EMRK ..	1205
1. Sachlicher Schutzbereich	1205
a) Meinungsäußerungsfreiheit	1206
b) Informationsfreiheit	1207
c) Rundfunk- und Pressefreiheit	1207
d) Kunst- und Wissenschaftsfreiheit	1207
2. Persönlicher Schutzbereich	1208
3. Eingriffe	1208
4. Rechtfertigung gemäß Art. 10 Abs. 2 EMRK	1208
a) Gesetzliche Grundlage	1208
b) Legitimes Ziel	1209
c) Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft	1209
III. Persönlichkeitsschutz und Kommunikationsfreiheiten in der Rechtsprechung des EGMR	1210
1. Abwägungskriterien	1210
2. Insbesondere: Beitrag zu einer öffentlichen Diskussion von allgemeinem Interesse	1211
3. Politiker und Prominente als Personen des öffentlichen Le- bens	1213
a) Einordnung als	1213
b) Zusätzliche Kriterien bei der Bildberichterstattung	1214
c) (Mediales) Vorverhalten	1215
d) Beispiele aus der Rechtsprechung	1215
4. Satire	1219
5. Schutz des guten Rufs und der persönlichen Ehre	1220
6. Verantwortlichkeit von Intermediären für nutzergenerierte In- halte	1221
C. Wirkungen der EMRK im deutschen Recht	1223
I. Die EMRK im Rang eines Bundesgesetzes	1223
II. Pflicht zur Berücksichtigung der EMRK bei der Auslegung	1223
1. Grundsatz der konventionsfreundlichen Auslegung	1223
2. Berücksichtigung von EGMR-Entscheidungen in anderen Verfahren	1224
3. Einschränkungen	1225
a) Mehrpolige Grundrechtsverhältnisse	1225
b) Kasuistisch geprägte Teilrechtssysteme	1225
III. Korrektur rechtskräftiger Entscheidungen deutscher Gerichte ..	1226
§ 58. Recht der Europäischen Union	1226
A. Einleitung	1227
B. Persönlichkeitsschutz durch die Unionsgrundrechte	1227
I. Grundlagen	1227
II. Schutz des Privatlebens	1229
III. Schutz der Kommunikationsfreiheiten	1229
C. Sekundärrechtliche Regelungen, insbes. die AVMD-Richtlinie	1229
D. Perspektiven einer Harmonisierung	1231
12. Teil. Persönlichkeitsschutz in ausländischen Rechtsordnungen	1233
23. Kapitel. Europäische Länder	1233
§ 59. Frankreich	1233
A. Grundlagen des Persönlichkeitsrechts	1234

Inhaltsverzeichnis

B. Ausprägungen des Persönlichkeitsrechts	1235
I. Das Recht auf Achtung des Privatlebens	1235
II. Das Recht auf Achtung der strafrechtlichen Unschuldvermutung	1236
III. Das Recht am eigenen Bild	1237
IV. Das Namensrecht	1237
V. Das Urheberpersönlichkeitsrecht	1238
VI. Sonstige Aspekte der Persönlichkeit	1239
VII. Ehrschutz	1239
C. Grenzen des Persönlichkeitsschutzes durch Meinungs-, Presse und Kommunikationsfreiheit sowie das Recht auf Information	1240
I. Grenzen des Rechts auf Achtung des Privatlebens	1240
II. Grenzen des Rechts am eigenen Bild	1242
III. Grenzen des Ehrschutzes	1244
D. Das Subjekt des Persönlichkeitsrechts	1245
E. Das Persönlichkeitsrecht im Rechtsverkehr	1245
I. Vertragliche Vereinbarungen	1245
II. Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte	1246
F. Rechtsfolgen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts und verfahrensrechtliche Fragen	1248
I. Überblick über das Sanktionssystem	1248
II. Zivilrechtliche Rechtsfolgen	1249
1. Unterlassung	1249
2. Beseitigung	1250
3. Schadensersatz	1250
III. Verfahrensrechtliche Fragen	1253
1. Einstweiliger Rechtsschutz	1253
2. Hauptsacheverfahren	1254
§ 60. Persönlichkeitsschutz in Großbritannien (England und Wales)	1254
A. Einleitung	1257
I. Allgemeines	1257
II. Selbstregulierung	1259
III. Überblick über die Rechtssystematik, Rechtsquellen und Klagearten	1260
IV. Durchsetzung und Prozessuale Aspekte	1260
1. Zuständigkeit und Rechtsweg	1260
2. Einstweiliger Rechtsschutz und Unterlassung	1261
3. Damages (Schadenersatz) und weitere Rechtsfolgen	1261
4. Verjährung	1261
5. Providerhaftung	1261
B. Allgemeiner Reputationsschutz (Defamation)	1263
I. Überblick	1263
1. Hintergründe der Reform	1263
2. Eckpunkte	1264
II. Charakter und Inhalt der Äußerung	1264
1. Hinreichende Identifizierbarkeit	1265
2. Veröffentlichung	1265
3. Haftung	1266
4. Verjährung	1267
5. Rechtfertigung	1267
III. Rechtsfolgen	1269
IV. Prozessuales	1269

Inhaltsverzeichnis

C. Privatsphärenschutz	1269
I. Überblick	1269
II. Schutz der Privatsphäre als „tort“	1270
1. Art. 8 Abs. 1 EMRK („Reasonable Expectation of Privacy“)	1271
2. Abwägung mit Art. 10 EMRK	1272
III. und Lizenzabreden	1273
1. Allgemeines; Struktur der Klage	1274
2. Geheimhaltungspflicht	1274
3. Schutz des Lizenzvertrages	1275
IV. Rechtsfolgen	1276
V. Privacy Injunctions	1276
VI. Schutz personenbezogener Daten	1277
D. Copyright Law	1279
I. Besondere Persönlichkeitsrechte (Moral Rights)	1279
II. Indirekte Abwehrrechte: Schutz durch das Copyright	1280
III. Bildnisschutz gem. Sec. 85 CDPA 1988	1282
E. Markenrecht und	1282
I. Markenrecht	1282
1. Eintragungsfähigkeit und allgemeine Voraussetzungen	1282
2. Unterscheidungskraft	1282
3. Rechtsverletzung	1284
4. Rechtsfolgen	1285
II. Passing Off	1285
1. Allgemeines Voraussetzungen	1285
2. Herkunftstäuschung und Persönlichkeitsrechte	1286
3. Merchandising und Passing Off	1287
4. Nutzung zu Werbezwecken und „false endorsement“	1288
5. Kontrolle bestehender Vermarktungen	1289
6. Rechtsfolgen	1289
§ 61. Österreich	1289
A. Grundlagen der Persönlichkeitsrechte	1290
B. Die Ausprägungen der Persönlichkeitsrechte	1291
I. Der Schutz der Privat- und Geheimsphäre	1291
1. Schutzbereich des Persönlichkeitsrechts	1291
2. Ersatz des materiellen und immateriellen Schadens	1293
II. Der Schutz der Ehre und des wirtschaftlichen Rufes	1294
III. Der Namensschutz	1295
IV. Der Briefschutz	1297
V. Das Recht am eigenen Bild	1297
VI. Der Schutz sonstiger Persönlichkeitsrechte	1299
1. Der Datenschutz	1299
2. Das Urheberpersönlichkeitsrecht	1300
VII. Der Schutz der Persönlichkeit durch das MedienG	1300
1. Der Ehrenschatz nach § 6 MedienG	1301
2. Der Schutz der Privatsphäre nach § 7 MedienG	1301
3. Der Schutz vor Bekanntgabe der Identität nach § 7a MedienG	1302
4. Rechtsfolgen	1302
§ 62. Polen	1303
A. Grundlagen des Persönlichkeitsrechts	1306
I. Normative Grundlagen	1306
II. Das Modell des Persönlichkeitsschutzes	1308
1. Theoretische Grundlagen des Persönlichkeitsschutzes	1308
2. Absolute Rechte	1309

Inhaltsverzeichnis

3. Anerkennung „neuer“ Persönlichkeitsgüter	1309
4. Postmortaler Schutz von Persönlichkeitsrechten	1310
5. Abweichungen im Urheberrecht	1311
III. Die Voraussetzungen der klagbaren Verletzung	1312
1. Verletzung	1312
2. Rechtswidrigkeit	1312
3. Verschulden	1312
B. Die wichtigsten einzelnen Persönlichkeitsgüter	1312
I. Gesundheit, Körperintegrität	1312
II. Ehre, Reputation	1313
III. Freiheit, Gewissens- und Religionsfreiheit	1314
IV. Name	1314
V. Bild	1314
VI. Privatheit	1315
C. Rechtswidrigkeit der Verletzung und gegenläufige Interessen	1316
I. Gesetzliche Anerkennung von gegenläufigen Interessen	1316
II. Einwilligung	1316
III. Schutz von gewichtigen öffentlichen oder privaten Interessen ..	1317
D. Persönlichkeitsrechte und juristische Personen	1318
E. Kommerzialisierung von Persönlichkeitsrechten	1319
F. Verletzungen im Internet	1320
G. Rechtsfolgen der Verletzung	1320
I. Zivilrechtliche Ansprüche	1320
1. Unterlassungsanspruch	1320
2. Beseitigungsanspruch	1320
3. Genugtuung/Schmerzensgeld	1321
4. Schadensersatz	1322
II. Presserecht	1322
§ 63. Schweiz	1323
A. Grundlagen des Persönlichkeitsrechts	1324
B. Umfang des persönlichkeitsrechtlichen Schutzes	1326
I. Schutzobjekt	1326
II. Grenzen des Persönlichkeitsrechts	1326
C. Die Ausprägungen des Persönlichkeitsrechts	1327
I. Das Namensrecht	1327
1. Das Recht am eigenen Namen nach Art. 29 ZGB	1327
2. Das Recht auf den eigenen Namen nach Art. 28 ZGB	1328
II. Das Recht am eigenen Bild	1329
III. Der Schutz der Ehre	1329
IV. Der Schutz der Privatsphäre	1330
V. Der Schutz der wirtschaftlichen Betätigung	1332
VI. Der Schutz sonstiger Persönlichkeitsrechte	1332
1. Der Datenschutz	1332
2. Das Urheberpersönlichkeitsrecht	1333
D. Grenzen des persönlichkeitsrechtlichen Schutzes	1334
I. Die Widerrechtlichkeit des Eingriffs	1334
II. Einwilligung des Rechtsträgers und überwiegendes privates Interesse	1334
III. Überwiegendes öffentliches Interesse bei Eingriffen durch die Medien	1336
1. Eingriffe bei absoluten und relativen „Personen der Zeitgeschichte“	1337
2. Das Informationsinteresse der Öffentlichkeit	1337

Inhaltsverzeichnis

E. Die Adressaten des Persönlichkeitsrechts	1338
I. Berechtigter aus einer Verletzung	1338
1. Aktivlegitimation	1338
2. Postmortaler Persönlichkeitsschutz	1338
II. Haftung für eine Verletzung	1339
F. Übertragbarkeit persönlichkeitsrechtlicher Befugnisse	1339
G. Ansprüche und Rechtsbehelfe bei Verletzungen der Persönlichkeit ..	1340
I. Ansprüche auf Schadensersatz und Genugtuung	1340
II. Die Unterlassungs-, Beseitigungs- und Feststellungsansprüche ..	1341
III. Die vorsorglichen Maßnahmen	1342
IV. Das Gegendarstellungsrecht	1343
§ 64. Spanien	1343
A. Grundlagen des Persönlichkeitsrechts	1344
I. Historische Grundlagen	1344
II. Die Verfassung von 1978	1345
III. Das Organgesetz 1/1982	1346
B. Ausprägungen des Persönlichkeitsrechts	1346
I. Das Recht auf Ehre	1346
II. Das Recht auf die Privatsphäre	1347
III. Das Recht am eigenen Bild	1348
IV. Das Namensrecht	1348
V. Das Urheberpersönlichkeitsrecht	1349
VI. Sonstige Aspekte der Persönlichkeit	1349
C. Grenzen des Persönlichkeitsschutzes	1350
I. Begrenzung durch das Organgesetz 1/1982	1350
II. Begrenzung durch die Meinungs-, Presse- und Kommunikati- onsfreiheit	1352
D. Das Subjekt des Persönlichkeitsrechts	1354
E. Das Persönlichkeitsrecht im Rechtsverkehr	1355
I. Vertragliche Vereinbarungen	1355
II. Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte	1356
F. Rechtsfolgen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts und verfahrensrechtliche Fragen	1357
I. Überblick über das Sanktionssystem	1357
II. Zivilrechtliche Rechtsfolgen	1358
1. Voraussetzung der Haftung	1358
2. Wiedergutmachung/Urteilsveröffentlichung	1359
3. Unterlassung	1359
4. Schadensersatz	1359
5. Gewinnabschöpfung	1360
III. Verfahrensrechtliche Fragen	1360
1. Einstweiliger Rechtsschutz	1360
2. Hauptsacheverfahren	1361
§ 65. Italien	1361
A. Grundlagen des Persönlichkeitsrechts	1363
B. Ausprägungen des Persönlichkeitsrechts	1365
I. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit	1365
II. Der Schutz der Ehre und des Ansehens	1366
III. Das Namensrecht	1367
IV. Das Recht am eigenen Bild	1367
V. Der Schutz der persönlichen Identität	1368
VI. Das Recht auf Achtung der Privatsphäre	1369
VII. Der postmortale Persönlichkeitsschutz	1370

Inhaltsverzeichnis

C. Die Grenzen des Persönlichkeitsschutzes: Konflikte mit der Medien-, Meinungs- und Kunstfreiheit	1370
I. Grundlagen	1370
II. Konflikt mit der Medienfreiheit	1371
III. Konflikt mit der Meinungsfreiheit	1372
IV. Konflikt mit der Kunstfreiheit	1372
D. Träger der Persönlichkeitsrechte	1373
E. Das Persönlichkeitsrecht im Rechtsverkehr	1373
I. Rechtsgeschäftliche Vereinbarungen	1373
II. Der vermögensrechtliche Charakter der Persönlichkeitsrechte ..	1374
F. Rechtsfolgen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts	1374
I. Präventiver Rechtsschutz: Beseitigung und Unterlassung	1374
1. Die Entwicklung des negatorischen Rechtsschutzes	1374
2. Der Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch	1375
II. Kompensatorischer Rechtsschutz: Schadensersatz	1375
1. Übersicht	1375
2. Schadensersatz in Geld nach Artt. 2043, 2059 c. c.	1375
a) Der Ersatz des materiellen Schadens nach Art. 2043 c. c. ..	1375
b) Der Ersatz des immateriellen Schadens nach Art. 2059 c. c.	1376
3. Besondere Formen der Wiedergutmachung nach Art. 2058 c. c.	1377
a) Die Urteilsveröffentlichung	1377
b) Das Gegendarstellungsrecht	1377
c) Der Anspruch auf Streichung unangemessener oder ehrverletzender Ausdrücke	1378
III. Einstweiliger Rechtsschutz	1378
§ 66. Persönlichkeitsrecht in Skandinavien – unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage in Schweden	1379
A. Die Begrifflichkeit „Persönlichkeitsrecht“	1380
I. Dänemark	1380
II. Norwegen	1381
III. Schweden	1382
B. Einzelaspekte des Persönlichkeitsrechts in Schweden	1383
I. Verfassungsrechtliche Gewährleistungen des Persönlichkeits-schutzes	1383
II. Strafbestimmungen zum Schutz des Individuums und deren Privatleben	1385
1. Allgemeiner Strafrechtsschutz	1385
2. Pressestraftdelikte	1385
III. Materieller persönlichkeitsrechtlicher Schutz in anderen Gesetzen	1386
1. Das Öffentlichkeits- und Geheimhaltungsgesetz	1386
2. Das Personeninformationsgesetz	1386
3. Das Gesetz über genetische Integrität	1387
4. Das Kreditinformationsgesetz	1387
5. Das Inkassogesetz	1388
6. Das Gesetz über Name und Bild in der Werbung	1388
7. Das Namensgesetz	1388
8. Das Gesetz über die Kameraüberwachung	1389
9. Das Verbot des Fotografierens im Gerichtssaal	1389
10. Das Urheberrechtsgesetz	1389
a) Benennungsrecht des Urhebers	1389
b) Das Respektsrecht des Urhebers	1390

Inhaltsverzeichnis

c) Zugänglichmachen eines Werks in verletzender Weise	1391
d) Urheberpersönlichkeitsrecht und Einschränkungen des Urheberrechts	1391
e) Verzicht auf das Urheberpersönlichkeitsrecht?	1391
f) Rechtsfolgen einer Verletzung des urheberrechtlichen Persönlichkeitsschutzes	1392
g) Musterschutz nach dem URL	1392
IV. Allgemeiner Schadensersatzanspruch für Verletzungen der persönlichen Integrität	1392
1. Schadensersatz nach dem Schadensersatzgesetz	1392
a) Allgemeiner Schadensersatzanspruch bei einem Angriff auf die Freiheit, den Frieden und die Ehre	1392
b) Schadensersatzpflicht der öffentlichen Hand	1394
2. Schadensersatz nach dem Strafschadensersatzgesetz	1394
24. Kapitel. USA	1395
§ 67. Vereinigte Staaten von Amerika (USA)	1395
A. Einleitung	1397
B. Das Right of Privacy	1398
I. Die Entstehungsgeschichte	1398
1. Der Aufsatz von Warren und Brandeis	1398
2. Die Reaktion der Rechtsprechung	1398
II. Inhalt und Grenzen	1399
1. Die Fallgruppenbildung durch Prosser	1399
2. Die Begrenzung des Right of Privacy durch das „Right of Free Speech“	1400
III. Rechtsnatur – Unübertragbarkeit – Unvererblichkeit	1402
C. Das Right of Publicity	1402
I. Die Entstehungsgeschichte	1402
1. Charakterisierung des Right of Privacy	1402
2. Gründe für die Entstehung des Right of Privacy	1402
a) Schutzzweck des Right of Privacy	1402
b) Fehlender Schutz materieller Interessen	1403
c) Höchstpersönlichkeit des Right of Privacy	1404
d) Die Anerkennung des Right of Publicity durch die „Healen“-Entscheidung	1404
e) Die Rezeption des Right of Publicity	1405
II. Inhalt und Grenzen des Right of Publicity	1406
1. Der Kreis der Rechtsinhaber	1406
a) Prominente	1406
b) Nicht-Prominente	1406
2. Gegenstand des Schutzes	1407
a) Bildnis und Name	1407
b) Andere Identitätsmerkmale	1408
c) Gegenstände	1409
3. Die Begrenzung des Right of Publicity durch das „Right of Free Speech“	1409
a) Werbung	1409
b) Medienprivileg	1410
c) Biografische Darstellungen	1410
III. Die Übertragbarkeit und Vererblichkeit des Right of Publicity	1412
1. Übertragbarkeit	1412

Inhaltsverzeichnis

2. Vererblichkeit	1413
a) Ableitung von Vererblichkeit aus der eigentumsrechtlichen Natur	1413
b) Ablehnung der Vererblichkeit	1414
c) Erfordernis lebzeitiger Verwertung	1414
d) Die Anerkennung der Vererblichkeit	1415
e) Schutzdauer	1415
D. Rechtsfolgen	1416
I. Rechtsfolgen der Verletzungen des Right of Privacy	1416
II. Rechtsfolgen der Verletzung des Right of Publicity	1417
1. Schadensersatz	1417
a) Voraussetzungen der Haftung	1417
b) Inhalt und Umfang der Haftung	1419
2. Unterlassung	1422
Sachregister	1425


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG